

Links der Neiße

Januar 2020

Linke Monatszeitung im Landkreis Görlitz

Jhrg.11/Nr.118

Ende Gelände in der Lausitz



Am 30. November war es wieder so weit: Das Aktionsbündnis ENDE GELÄNDE hatte sich in der Lausitz angekündigt und wollte für eine bessere Klimapolitik in der Lausitz demonstrieren. Nicht gegen die Kohle-Kumpels oder gegen die Lausitz, sondern für konsequenten Klimaschutz!

mehr auf Seite 3

Nato-Übung Defender 2020 - Nicht mit uns!

Im Kreisverband gründete sich im November 2019 eine AG Frieden. Über Aktionen gegen das geplante Kriegsmanöver berieten Friedensnetzwerke verschiedener Akteure. Die Lausitz darf kein Aufmarschgebiet gegen Russland werden.



mehr auf den Seiten 8/9

Auflösen oder Erneuern?

Erklärung des Sprecherrates der Historischen Kommission beim Parteivorstand der LINKEN zum Außerordentlichen Parteitag der SED im Dezember 1989



mehr auf Seite 13

Rubriken

Termine	S. 14
Buchtipps	S. 15
Geburtstage	S. 16

Simpler Menschenverstand sollte ausreichen

mehr auf Seite 12

Im Gespräch mit Kathrin Kagelmann, stellvertretende Landesvorsitzende

mehr auf Seite 4

Fragebogen LdN bitte ausfüllen

mehr auf Seite 15

Zum Neuen Jahr

Das vergangene Jahr hat einiges aufgewirbelt in unserer Partei – auf kommunaler und auf Landesebene. In Gemeinderäten, in Kreistagen und im Landtag haben wir massiv Stimmen und damit Plätze und finanzielle Ausstattung verloren. In vielen Parteigremien wechselten die Verantwortungs-träger*innen.

Auch in unserem Landkreis hat es einige Veränderungen gegeben. Für das neue Jahr haben der neue Kreisgeschäftsführer, Marko Schmidt, und ich uns vorgenommen die Ortsverbände und Basisgruppen zu besuchen. Wir wollen einen Eindruck von eurer Arbeit und euren Interessen bekommen – um schließlich die Struktur unseres Kreisverbands auf neue Beine zu stellen. Schreibt uns dazu eine Mail an kontakt@dielinke-goerlitz.de und sagt uns, wann eure nächsten Treffen stattfinden. Dann richten wir es uns ein und kommen euch besuchen!

Inhaltlich werden uns in diesem Jahr zwei Themen in jedem Fall bewegen:

1. Im Frühjahr findet die Truppenbewegung „US Defender Europe 2020“. 37.000 Soldaten und Soldatinnen werden im April und Mai von der US-Küste über den Atlantik an die ostpolnische Grenze und ins Baltikum bewegt. Im 75. Jahr des Sieges über den Faschismus wird der Verteidigungsfall gegenüber Russland geübt.

Wir als LINKE verurteilen diese Geschmacklosigkeit und stellen die angebliche Bedrohungslage in Fra-



ge. Wir fordern ein Ende der Militarisierung und eine europäische Sicherheitspolitik jenseits der NATO! Am 28. März wird es dazu eine Konferenz in Weißwasser geben. Am 13. April einen Friedensmarsch in Cottbus.

2. Das zweite Thema ist und bleibt ein gelingender Strukturwandel für die Region, insbesondere in den kernbetroffenen Gebieten im Norden des Landkreises. Wir wollen den Dialog fördern, für Bürgerbeteiligung sorgen und einen nachhaltigen Einsatz der Mittel erwirken.

Und was beschäftigt euch im neuen Jahr?

Wo wollen wir als LINKE stark und aktiv sein?

Schreibt es uns!

Ich wünsche Euch Kraft und Gesundheit für das Jahr 2020! So eine futuristische Zahl inspiriert uns hoffentlich auch zu neuen mutigen Wegen. Ich wünsche uns dafür Frieden und gute Energien!

Eure Toni

Die Redaktion der LdN wünscht allen Leserinnen und Lesern Gesundheit und Kraft für die neuen Herausforderungen des Jahres 2020, dem 10. Jahr des Bestehens unserer Kleinzeitung „Links der Neiße“. (red.)

Mitgliederbrief:

2020 stellt Weichen für die Zukunft

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, im Jahr 2020 werden die Weichen für die Bundestagswahl gestellt. Ob die Weichen nach rechts oder nach links gestellt werden, wird die große Richtungsentscheidung der Post-Merkel-Ära für das Land sein. Wir als LINKE müssen gemeinsam alle Kraft dafür aufwenden, dass wir im kommenden Jahr die Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft und in den bayerischen Kommunen erfolgreich bestreiten. Wir kämpfen überall um soziale Mehrheiten!

Dafür braucht die LINKE eine optimale Aufstellung. Wir wollen die Ideen und Vorschläge aller! Deshalb beschloss der Parteivorstand, am 29.2./1.3.2020 eine Strategiekonferenz in Kassel durchzuführen. Im Vorfeld und auf der Konferenz seid ihr aufgerufen, euch mit Beiträgen aktiv zu beteiligen (<https://strategie.de.linke.de>). Auch Regionalkonferenzen sind im Januar und Februar 2020 in Planung.

Wichtig ist: Wir dürfen uns – und vor allem unsere politischen Erfolge – nicht verstecken! Der Kampf um den Mietendeckel in Berlin – im Parlament und auf der Straße – zeigt, dass wir als Partei DIE LINKE mit den richtigen



Bernd Riexinger



Katja Kipping



Harald Wolf



Jörg Schindler

Themen das ganze Land in Bewegung bringen können. Wir haben gezeigt, dass man sich mit den großen Immobilienkonzernen anlegen kann! Inzwischen finden in vielen Städten und Bundesländern Diskussionen und Unterschriftensammlungen gegen den Mietenwahnsinn statt.

Auch das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das feststellt, dass die Hartz4-Sanktionen teilweise verfassungswidrig sind, ist ein wichtiger Zwischenerfolg – das ist auch unser Erfolg! Gerichtsurteile ersetzen natürlich nicht den politischen Kampf. Vielmehr ist das Urteil das Ergebnis unseres gemeinsamen Widerstandes gegen die Agenda 2010. Wir waren die einzige Partei, die konsequent gegen diese neoliberale Politik kämpfte und sich an die Seite der Betroffenen stellte.

Das Jahr 2020 steht im Zeichen des 75. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus. Immer sichtbarer werden Bestrebungen in Deutschland und auf europäischer Ebene, einen Schlussstrich unter den antifaschistischen Konsens nach 1945 zu ziehen. Dazu gehört, dass der Anteil der Sowjetunion am Sieg über den Faschismus inzwischen völlig verschwiegen wird. In diesen geschichtsrevisionistischen Trend passt sich der jüngste vereinsrechtliche Angriff auf die VVN-BdA nahtlos ein.

Gleichzeitig sind wir Zeugen davon, wie der organisierte Rechtsextremismus in der Öffentlichkeit präsenter wird und an jahrzehntelangen Selbstverständlichkeiten rüttelt. Menschen, die sich gegen Rassismus und Nationalismus stellen, werden verbal und

körperlich angegriffen. Diesen Angriffen stellen wir uns als Partei DIE LINKE gemeinsam entgegen!

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, im Jahr 2020 werden die Wei-

chen für die Zukunft gestellt. Als LINKE kämpfen wir für soziale Mehrheiten im Land. Wir sind aktiver Teil in gesellschaftlichen Bewegungen. Sei es für mehr Klimagerechtigkeit, für bessere Arbeitsbedingungen, gegen Kriegstreiberi oder beim Antifaschismus – wir kämpfen gegen gesellschaftliche Missstände und für soziale Gerechtigkeit und Frieden.

Dafür brauchen wir alle! Und wir brauchen Spenden zur Unterstützung unserer politischen Arbeit. Wir würden uns sehr über deine finanzielle Unterstützung freuen.

Mit solidarischen Grüßen

Katja Kipping (Parteivorsitzende)

Bernd Riexinger (Parteivorsitzender)

Jörg Schindler (Geschäftsführer)

Harald Wolf (Schatzmeister)

Bericht von Marko Schmidt zum Kongress der BAG Kommunalpolitik in Nürnberg

Mobilität in der Kommunalpolitik

Die Mobilität lässt der Kommunalpolitik viele Handlungsfelder, egal ob es um Parkplätze, Barrierefreiheit, Logistik im ländlichen Raum oder mehr ÖPNV geht. Dies machte nicht zuletzt der Kongress der Bundesarbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik vom 1. und 2. November in Nürnberg deutlich. Aus unserem Kreisverband nahmen Winfried Bruns (Stadtrat in Zittau), Mirko Schultze (MdL mit Schwerpunkt Kommunalpolitik, Stadt- und Kreisrat in Görlitz) sowie Marko Schmidt (OV Görlitz) teil. Dadurch konnten wir uns auf verschiedene Arbeitsgruppen der Konferenz verteilen. Wir besuchten dabei die Gruppen Barrierefreie Mobilität, Umweltschutz und Mobilität, Auto-Freie Innenstadt und Parkplatzmanagement, Logistik sowie ÖPNV im ländlichen Raum. Wir versuchen euch hiermit die wichtigsten Ideen der Arbeitsgruppen darzustellen, die auch im Landkreis Görlitz sowie in der Lausitz allgemein als mög-

liche Initiative der LINKEN eingebracht werden könnten. Wir stehen für künftige Veranstaltungen zur Verfügung, um die grob umrissenen Ideen mit euch im Detail zu diskutieren.

Auto-Freie Innenstadt und Parkplatzmanagement

Klar ist: nur ein guter ÖPNV und eine langfristige Strategie gegen die Auto-Innenstadt können zu einer Auto-Freien Innenstadt führen. Die Menschen müssen weiterhin bewegt werden. Dafür bedarf es eines Mixes aus Parkplätzen am Rand der (Innen-)Stadt, Park-and-Ride Systeme, einen guten und günstigen ÖPNV (das Ticket dafür darf nicht teurer sein, als das Parkticket in der Innenstadt), eine Fahrrad- und Fußgänger*inneninfrastruktur sowie der schrittweisen Re-



Beratung in einer der Arbeitsgruppen.

Foto: Internet

duzierung der Parkflächen und der reinen Auto-Straßen in der Innenstadt. Die Belange der Anwohner*innen und Händler*innen sollten dabei Berücksichtigung finden. Oftmals profitieren Händler*innen genauso viel oder mehr von autofreien Straßen, als mit Autos, da deren Angebote besser sichtbar und wahrgenommen werden können. Es gibt dann nicht nur ein Parken direkt vor dem Geschäft und ein schnelles Weiterfahren, sondern es kommt zum

Schlendern und somit zur Kenntnisnahme der Angebote. Eine jährliche Reduzierung der Parkflächen und der Erweiterung der Fahrrad- und Fußgänger*innen-zonen um ein Prozent hat aus Amsterdam mittlerweile ein Vorzeigeprojekt für Autoarmen Innenstadtkommunalpolitik weltweit gemacht. Kleine Schritte können daher zum Erfolg führen.

Logistik im ländlichen Raum

Diese Arbeitsgruppe betrachtete besonders die Verbindung von kleinteiliger Logistik mit dem ÖPNV. Die Mitnahme von kleinen Gütern mit Bussen der Verkehrsbetriebe wird in anderen Ländern bereits erfolgreich unter dem Schlagwort „Postbus“ praktiziert. Dies ist auch in Deutschland im ländlichen Raum möglich. Ein Modellprojekt dazu wird seit zwei Jahren im Landkreis Uckermark das Projekt „Kombibus“.

(Fortsetzung auf Seite 3)

(Fortsetzung von Seite 2)

ÖPNV im ländlichen Raum

Der öffentliche Personennahverkehr im ehemaligen Muldentalkreis wurde als positives Beispiel für eine kundenorientierten Nahverkehr vorgestellt. Es wurde dort im Zusammenspiel von Landkreisen, Gemeinden, Verkehrs-

gesellschaft, Schulen, Arbeitgebern, Hotels und vielen weiteren Akteure*innen ein System geschaffen, welches die Taktung und die Erreichbarkeit der Busse an die Bedarfe anpasst. So wurden Gewerbegebiete an den ÖPNV angeschlossen, damit sowohl Auszubildende, als auch Arbeitnehmer*innen ein attraktives

Angebot vorfanden. Dazu wurde die Taktung der einzelnen Linien angepasst, dass es zentrale Übergangspunkte mit geringen Wartezeiten für andere Linien gibt. Schulzeiten wurden ebenso bei dem System berücksichtigt und touristische Angebote besser angebunden. Nach dem ersten Jahr der neuen Taktung konnten die Fahrgastzahlen

um mehr als 14% gesteigert werden. Es funktionierte besonders durch den Austausch der verschiedenen Akteure*innen und den Willen zur Findung von Kompromissen. So konnten sich beispielsweise Kleinbetriebe in einem Gewerbegebiet zusammenschließen, um die relevante Nutzer*innenzahl für ein Jobticket zusammenzubekommen.

Der Saarländische LINKEN-Politiker Heinz Bierbaum ist neuer Präsident der EL

Am spanischen Mittelmeer in Benalmádena bei Málaga hat der 6. Kongress der Europäischen Linken (EL) mit mehr als 400 Menschen stattgefunden. Und ganz ohne Überraschungen lief es nicht, denn nicht eine paritätisch besetzte Doppelspitze führt in Zukunft die EL an, sondern plötzlich wurde mit gut 67 Prozent der Linken-Politiker Heinz Bierbaum zum Nachfolger von Gregor Gysi gewählt.



Heinz Bierbaum (* 5. Dezember 1946 in Triberg) ehemaliger stellvertretender Vorsitzender der Partei Die LINKE.

Er studierte Soziologie in Freiburg und Berlin und schloss als Diplom-Soziologe ab. Später studierte er Betriebswirtschaft auf Diplom in Berlin und promovierte zum Doktor der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Er lehrte als Professor für Betriebswirtschaft die Fächer Unternehmensführung und Unternehmenspolitik an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes.

2004 trat Bierbaum in die WASG ein und wurde im Zuge des Zusammenschlusses von WASG und PDS Mitglied der Partei DIE LINKE.

Heinz Bierbaum ist Mitglied der IG Metall (seit 1972) und von attac. Er ist Mitherausgeber der Zeitschrift Sozialismus.

Ende im Gelände in der Lausitz, oder: nichts wird so heiß gegessen wie gekocht!

Ein Beitrag von MdL Antonia Mertsching

Am 30. November war es wieder so weit: Das Aktionsbündnis ENDE GELÄNDE hatte sich in der Lausitz angekündigt und wollte für eine bessere Klimapolitik in der Lausitz demonstrieren. Nicht gegen die Kohlekumpels oder gegen die Lausitz, sondern für konsequenten Klimaschutz! Schon Wochen vor dem Ereignis brach die öffentliche Debatte aus. Kommunalpolitiker und -politikerinnen sahen sich bemüßigt, das Bündnis nicht willkommen zu heißen. Die Erinnerungen an 2016 waren noch sehr präsent, das Video von der sogenannten Kraftwerksstürmung ist im Internet verfügbar.

Das Wochenende nahte und verging und...? Es blieb friedlich.

Als parlamentarische Beobachterin habe ich den Tag in Neuhausen/Spree, im Tagebau Jänschwalde und, bei der Mahnwache am Bahnhof Cottbus verbracht. Befragt man Polizei und Aktionsbündnis sprechen alle von einem friedlich verlaufenen Wochenende – vermutlich sogar auch die Gegner von Ende Gelände und diejenigen, die „ihre“ Kraftwerke verteidigt haben.



Foto: Internet

Doch der entspannte Eindruck vom Aktionstag währte nicht lange. Die Meinungsäußerungen im Netz bewegten sich weiterhin zwischen Hass, lustig machen, Überheblichkeit und verächtlichem Gerede. Statt einfach anzuerkennen, dass seit 2016 alle Beteiligten dazu gelernt haben: dass friedlich, aber bestimmt demonstriert werden kann.

Auch die Weißwasseraner Genossen und Genossinnen hat das Wochenende bewegt. An dieser Stelle möchte ich zwei wesentliche Diskussionspunkte aufgreifen:

1. Demokratischer Protest

Es gehört zu einer Demokratie dazu,

sich zum Zwecke der Meinungsäußerung friedlich zu versammeln. Und vor allem: an dem entsprechenden symbolträchtigen Ort dafür! Wer im Rahmen dieser Freiheit eine Straftat begeht, wird durch den Rechtsstaat verfolgt. So geschieht es auch bei Ende Gelände: um die hundert Verfahren hat es gegen Protestierer*innen 2016 gegeben.

2. Anzahl Kohle-Beschäftigte

Immer wieder wird über die Anzahl der direkt und indirekt Beschäftigten in der Lausitzer Braunkohle-Industrie gestritten. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat aus diesem Grund in diesem Jahr eine Studie erstellt: „Nach der Kohle“. Der Autor kommt auf Seite

29/30 zu dem Schluss: „Folgt man den Angaben der Jahresabschlussberichte, muss man davon ausgehen, dass Ende 2017 in den Tagebauen und Kraftwerken des Lausitzer Reviers knapp 7.000 Mitarbeiter beschäftigt waren.(...)Die Studienlage lässt demnach den Schluss zu, dass in der Lausitz insgesamt zwischen etwa 10.000 (6.700 direkte Arbeitsplätze, Multiplikator 1,5) und maximal 16.000 Arbeitsplätze (8.000 direkte Arbeitsplätze, Multiplikator 2,0) von der Braunkohle abhängen.“ Angesichts von knapp 1 Million Lausitzer*innen sind das „nur einige wenige“. Und statt ihnen und ihren guten Gehältern Wohl und Wehe der Region aufzubürden, muss es unsere Aufgabe als LINKE sein, gut bezahlte Arbeitsplätze für alle zu erstreiten!

Lasst uns nicht in die Kämpfe gegeneinander verwickeln! Es ist unsere Aufgabe, eine nachhaltige Entwicklung unserer Region zu erwirken: für bessere Löhne für alle und eine Energieversorgung, die das Klima und damit künftige Generationen nicht so massiv gefährdet. Und das im Dialog miteinander.

Im Gespräch mit Kathrin Kagelmann

Das Gespräch mit der stellvertretenden Landesvorsitzenden führte Dierk Kunow

Liebe Kathrin, vorab erst einmal herzlichen Glückwunsch zur Wahl als stellvertretende Landesvorsitzende der LINKEN.Sachsen. Die Redaktion von „Links der Neiße“ wünscht dir für 2020 viel Kraft und Gesundheit, um mitzuhelfen das Leck geschlagene Schiff auf Kurs zu halten. Welchen, wissen wir, so glaube ich, selbst nicht so recht. Aber vielleicht hellt unser nachfolgendes Gespräch dies ein wenig auf.



Kathrin Kagelmann.

Foto: R. Kärbsch

Du bist nun seit November 19 stellvertretende Landesvorsitzende und warst vorher Mitglied des Landesvorstandes: Hast du eine kurze Erklärung über die erdrutschartigen Verluste aller 2019 stattgefundenen Wahlen?

Eine kurze Erklärung? Das ist unser Problem. Die gibt es nicht. Ich bin mir sicher: Es lag nicht an unserem Wahlprogramm, die Linke wird immer noch als die Vertreterin des Ostens und der sozial Schwachen wahrgenommen – trotz unbestreitbarer interner Fehler. Dennoch: Die Wahlschlappe ist Ergebnis eines längeren, bereits Jahre andauernden gesellschaftlichen Stimmungswandels in Europa, in Deutschland und den Bundesländern.

Wo kommt er deiner Meinung her?

Die großen Trends wie Globalisierung, Klimawandel und Migration oder Digitalisierung lösen Abstiegsängste und Verunsicherung aus, weil Lösungen in einem ungebremsten neoliberalen Wirtschaftssystem gnadenlos unsozial und ungerecht ausfallen. Die Unwilligkeit der Politik zum sozialen Ausgleich und zur gerechten Verteilung von Wohlstand untergräbt die Demokratie und wird zum Härtesten auch für das Parteiensystem. Verängstigte Menschen aber klammern an (vermeintlich) guten Zeiten in bekannten Rahmen. Sie wählen dann im besten Falle konservativ, im schlechtesten rechtsnational. Für eine linke Gesellschaftsutopie braucht es dagegen ziemlich viel Mut. Daher verlieren wir momentan auf allen Ebenen von EU bis Kommune.

Auch unmittelbar in der Lausitz?

Wir spüren die großen globalen Trends auch unmittelbar in der Lausitz: Die Klimaveränderungen zwingen zum Umbau unseres Energiesystems. Der

notwendige Strukturwandel, der von der herrschenden Politik im Auftrag der fossilen Wirtschaft zunächst konsequent verschlafen, später bekämpft wurde, wird in der Region nicht als die größte Chance seit der politischen Wende begriffen, sondern als der größte anzunehmende wirtschaftliche Unfall. Diese Ängste reichen bis in die eigenen Reihen hinein.

Lassen wir das Vergangene ruhen und beschäftigen uns mit der Zukunft. Worin siehst du als stellvertretende Landesvorsitzende die Aufgaben des Landesverbandes?

In einer solchen Zeit der Verunsicherung muss eine Partei, die Menschen überzeugen will, selbstbewusst und geschlossen auftreten. Unsere Botschaften müssen klarer sein, auch in der Sprache, damit man uns versteht. Unser Umgang, auch unser Streit, muss vertrauensvoll sein, damit unsere Idee von einer solidarischen Gesellschaft glaubhaft ist. Wir müssen Gesellschaft mit mutigen Ideen vorantreiben und deshalb lernen, unsere inhaltlichen Auseinandersetzungen nicht selbstzerstörerisch im Inneren, sondern spannend nach Außen zu führen. Und: Die Partei ist mehr als die Summe ihrer Parlamentarier! Die werden getrieben durch ein alltagspolitisches Hamsterad aus kleinteiligen Anträgen und parlamentarischen Formalia, die die große politische Parteilinie häufig sogar verdeckt, als sie inhaltlich zu stärken. Die Partei muss deshalb deutlicher ansagen, was sie von ihren Abgeordneten erwartet.

Nun sind die Themen des Wahl-

programms von vielen mit erarbeitet worden. Jetzt haben wir ein Wahlprogramm und ein angefangenes Alternatives Landesentwicklungskonzept Sachsen (ALEKSA): Welches wird nun die theoretische Grundlage unserer Arbeit sein? Wie soll es

deiner Meinung nach mit ALEKSA weitergehen?

Das Wahlprogramm ist beschlossen und gilt. Das ist unsere Richtschnur für die nächsten fünf Jahre. Aleksa dagegen will politische Perspektiven für die nächsten zehn bis zwanzig Jahre aufmachen. Diesen Zeithorizont zu beschreiben, daran ist eine große Fraktion gescheitert. Die Partei war danach überfordert, weil beide Prozesse – die Erarbeitung des Wahlprogramms und die Fortschreibung von Aleksa – zeitgleich bewältigt werden sollten. Nun hat der Wahlausgang die Fraktion halbiert und der Partei große strukturelle Herausforderungen aufgebürdet. Ich bin mir tatsächlich nicht sicher, ob wir in den nächsten Monaten die Kraft finden, das Alternative Landesentwicklungskonzept weiter zu diskutieren. Ich aber werde dafür eintreten, denn mit jeder Leitliniendiskussion – der Auftrag für digitalpolitische Leitlinien wurde vom Parteitag erteilt – schreiben wir eigentlich Aleksa fort. Nur zusammenbringen müssen wir diese Denkprozesse.

Auf dem flachen Land gibt es mittlerweile mehr weiße als rote Flecken. Hast du Vorstellungen, wie wir diese Entwicklung aufhalten können?

Noch nicht wirklich. Aber ich arbeite im sogenannten Mitgliederrat mit, der vom Parteitag beauftragt wurde, genau dafür Lösungen zu suchen. Das Problem ist ja, dass jede tolle Idee für eine noch bessere Mitgliederbetreuung dann scheitern muss, wenn man in einem Ort keinerlei Ansprechpartnerin mehr hat, die als Multiplikator fun-

gieren kann. Dann bleibt eigentlich nur das aufwändige und kräftezehrende Prinzip „Info-Touren“.

Nun hat der Landesparteitag auch noch ein hausgemachtes Problem auf die Tagesordnung gesetzt: Nicht für alle in unserer Partei ist Frieden und die Solidarität mit anderen Völkern der Grundpfeiler unseres gemeinsamen Handelns. Macht dir das Sorgen?

Ehrlich gesagt ziemlich große sogar. Ich finde es erschreckend, dass nur eine Generation seit 1990 ausgereicht hat, um die Geschichte nach Siegermanier umzuschreiben und in Deutschland wieder alte Feindbilder aufleben zu lassen. Dass diese Sichtweise gerade viele unserer jungen GenossInnen teilen, die keine besondere deutsche Verantwortung insbesondere gegenüber Russland erkennen wollen, stellt die Ostkompetenz der Linken generell infrage. Der Landesvorstand hat deshalb die Internationale Kommission beim Bundesvorstand gebeten, ein sog. Russlandpapier zu erarbeiten, auf dessen Grundlage wir dann im Landesverband diskutieren wollen. Und ich freue mich: Auch der Kreisvorstand hat das Problem erkannt und wird Gesprächsformate anbieten.

Nun bist du als stellvertretende Landesvorsitzende überzeugend gewählt worden. Du hast dich nach langer Zeit im Kreis als Delegierte zu den Bundesparteitagen beworben. Könntest du dir vorstellen, 2021 auch auf Bundesebene anzugreifen?

Nein. Ich wollte weder in den Bundestag, noch will ich in den Bundesvorstand. Ich will einfach das, was ich mache, gut machen. Dazu braucht man Zeit – auch zum Nachdenken, Nachlesen, Zuhören. Ich will nicht (mehr) von Termin zu Termin hetzen. Dabei merke ich an meinem Kalender noch nicht mal wirklich, dass ich nicht mehr Mitglied im Sächsischen Landtag bin.

Ich danke dir im Namen der Leserinnen und Leser der LdN für das Gespräch und wünsche dir 2020 viel Kraft um die großen Herausforderungen, die vor dem Landesverband stehen zu meistern..

Landkreis Görlitz:**Geburtsfehler bei Müllentsorgung**

Im Nachgang zur Kreistagssitzung Görlitz Ende Oktober stellte der Landtagsabgeordnete Mirko Schultze (DIE LINKE) eine Kleine Anfrage zur Entwicklung der Abfallgebühren in Sachsen seit 2005. In der Antwort der Staatsregierung (DS 7/477) wird sichtbar, dass sich im Landkreis Görlitz die Abfallgebühr von 52 Euro pro Person und Jahr in 2005 auf 63 Euro in 2017 um 21% erhöht hat und seit Jahren an 4. Stelle von 12 Kreisen oder Zweckverbänden liegt und damit im oberen Drittel und nicht wie der Landrat behauptet, im Mittelfeld. Das Entsorgungsentgelt in der TA Lauta lag seit 2005 immer ca. ein Drittel über dem anderer Anlagen und beträgt derzeit 190 Euro pro Tonne. Somit hat es einen wesentlichen Einfluss auf die Höhe der Abfallgebühren. Ein weiterer Preistreiber waren und sind die Strafzahlungen für die Unterschreitung der vertraglich festgelegten Mindestmengen von 110.000 t pro

Jahr, die nur mit ca. 80.000 t erreicht wurden. Das soll sich nun ab 2020 ändern, indem Müll aus Dresden und dem Oberen Elbtal nicht mehr außerhalb Sachsens entsorgt wird sondern in Lauta.

Diese Fakten belegen, dass die Kritik der Linksfraktion an der Abfallpolitik im Landkreis Görlitz und dem RAVON durchaus berechtigt war und ist. Die Verbesserung der Auslastung der TA Lauta durch die Anlieferung aus anderen Zweckverbänden aus Sachsen ist zu begrüßen und längst überfällig. DIE LINKE im Landkreis Görlitz forderte bereits 2013 eine Autarkieverordnung, um den Müll, der in Sachsen anfällt auch hier zu entsorgen und die TA Lauta besser auszulasten. Dies hätte bereits damals zu einer Gebührenentlastung der Görlitzer Bürgerinnen und Bürger führen können.

Sabine Kunze, Kreisrätin

Landkreis Görlitz:**LINKE fordert demokratische Mitbestimmung ein**

Wie wenige andere Themen greifen die Kosten der Unterkunft (KdU) in die privaten und regionalwirtschaftlichen Beziehungen im Landkreis ein und sind schon deshalb kein reiner Verwaltungsakt.

Im Jahr 2018 gab es beim Jobcenter anerkannte Kosten für Unterkunft in Höhe von insgesamt 42.872.608 EUR, darunter 42.514.535 EUR für laufende KdU sowie 358.073 EUR für einmalige Kosten der Unterkunft, so die Staatsregierung auf eine Anfrage der LINKEN im Sächsischen Landtag.

Der Kreistag wird aber aus der Entscheidung über die Ermittlung der Höhe und der Festlegung der Angemessenheit der KdU vollständig herausgehalten.

Mirko Schultze, Vorsitzender der LINKEN im Kreistag Görlitz: „Das Prinzip der Mitsprache der Betroffenen über durch sie gewählte Gremien und Vertreter wird damit vollständig ausgehebelt. Demokratie ist aber nicht nur eine Schönwetterveranstaltung, die den reibungslosen Verwaltungsablauf nicht stören soll, sondern immanenter

Bestandteil des Staatsgefüges. Demokratie muss erlebbar sein und Entscheidungen transparent. Eine Verwaltungsvorschrift wird den Kreisräten lediglich ‚zur Kenntnis‘ gegeben, das ist quasi die Reduzierung des Kreistages auf eine Feigenblattrolle.“

Dies wird seit Jahren von der LINKEN im Kreistag Görlitz kritisiert. Neben dem Landkreis Görlitz entzieht sich in Sachsen noch die Stadt Leipzig und der Landkreis Zwickau einer demokratischen Teilhabe.

„Damit muss endlich Schluss sein! Wir werden als LINKE im Kreistag auch weiterhin an der Forderung festhalten und fordern den Landrat auf, die Praxis, wie sie durch die Mehrheit der Landkreise und kreisfreien Städte in Sachsen praktiziert wird, eine Diskussion und Beschlussfassung im Kreistag auch im Landkreis Görlitz einzuführen. Die Bewohner im Landkreis und ihre Vertreter sind keine Statisten der Verwaltung.“ so der Sozialpolitiker der LINKEN im Kreistag Jens Hentschel-Thöricht.

(red.)

Landkreis Görlitz:**Rente reicht nicht**

Immer mehr Menschen in Sachsen sind auf Grundsicherung im Alter angewiesen. Auch im Landkreis Görlitz lässt sich dies feststellen. Die spezielle Sozialhilfe für Rentner wurde 2003 eingeführt. Von 2017 zu 2018 ist die Zahl Betroffener im Landkreis Görlitz von 446 auf 465 gestiegen. Es ist bitter, dass Menschen in ihrem Ruhestand nicht von ihrer Rente leben können und zum Sozialfall werden. Für die Zukunft sei ein weiterer Anstieg zu erwarten.

Aus einer Antwort der Landkreisverwaltung geht hervor, dass im Schnitt 251,29 Euro ausgezahlt wurden.

MdB Sabine Zimmermann meint: „Grundsicherung ist vor allem im Osten ein Thema. Häufige Arbeitslosigkeit und damit einhergehende Lücken in den Erwerbsbiografien hätten große Löcher in die Rentenansprüche ge-

rissen. Es ist endlich an der Zeit, dass die Bundesregierung die sich ausbreitende Altersarmut wirklich versucht einzudämmen.“ Um dies zu erreichen, müsse unter anderem das Rentenniveau auf mindestens 53 Prozent steigen. Zuletzt lag es bei 48,16 Prozent. Es markiert das Verhältnis der Rente zum Durchschnittslohn.

Zimmermann forderte weiter, dem Niedriglohnsektor einen Riegel vorzuschieben. Niedrige Löhne zögen niedrige Renten nach sich.

DIE LINKE fordert auch aus diesem Grund einen Mindestlohn von 12 Euro die Stunde. Zudem macht sie sich für eine solidarische Mindestrente stark, damit niemand im Alter von weniger als 1.050 Euro netto leben muss – auch nicht im Landkreis Görlitz!

Jens Hentschel-Thöricht, Kreisrat

Landkreis Görlitz:**LINKE beantragt Übertragung des Kreistages**

Neben einer Reihe von Anträgen zur Änderung der Geschäftsordnung des Kreistages fordert die Linksfraktion auch die Übertragung der Kreistagsitzungen. Mirko Schultze, Vorsitzender der LINKEN im Kreistag:

„Kommunalpolitiker sollten sich um Transparenz in ihrer politischen Arbeit bemühen. Die Kreistagssitzungen sind zwar öffentlich und können besucht werden, jedoch ist dies für viele Bürgerinnen und Bürger sehr aufwändig oder evtl. körperlich auch gar nicht mög-

lich. Deshalb beantragt die Fraktion DIE LINKE, dass Sitzungen des Kreistages in Zukunft als Live-Übertragung im Internet zu sehen sein sollen.

Das Medium Internet bietet der Öffentlichkeit hervorragende Bedingungen, die Arbeit der gewählten Volksvertreterinnen und -vertreter zu verfolgen. Ein Live-Stream kann ein Instrument sein, das es Bürgerinnen und Bürger erleichtert, das Verhalten der Fraktionen und der Kreisräte zu verfolgen und politisch zu bewerten.“

Zittau - Kulturhauptstadt der Herzen

Am 11.12.2019 war es soweit, das Team um Oberbürgermeister Zenker reiste nach Berlin und stellte in einer nichtöffentlichen Präsentation die Ideen zur Bewerbung um die Kulturhauptstadt vor. Verschiedene Programmpunkte soll das Team vorbereitet haben. Doch leider hat es nicht für den Sprung auf die Shortlist gereicht.

Am 01. Oktober bereits hatte OB Zenker sich in einer öffentlichen Pressekonzferenz um den Titel beworben. Zenker stellte heraus, dass sich „Regionen fernab der Metropolen nur gemeinsam entwickeln können“ Mirko Schultze, Mitglied des Sächsischen Landtags zur Entscheidung. „Zittau lebt den Europagedanken wie kaum

andere Städte, eine Entwicklung und Bestrebungen zur Verhinderung von Abwanderung, Leerstand und Strukturwandel sind bedeutend, und werden durch die Stadtpolitik aktiv verbessert und gestaltet. Es ist sehr bedauerlich, dass es für Zittau nicht gereicht hat.“ Weiterhin sagt Schultze: „Die Entwicklung von Europastädten ist eine große Verantwortung, welche durch Engagement und interkulturellen Dialog der Bürger*innen und Politiker*innen entsteht und gefestigt wird. Die Stadt Zittau setzt sich mit ihrer Bewerbung zur Kulturhauptstadt auch antieuropäischen Kräften entgegen und zeigt ein klares Zeichen in die richtige Richtung.“ *(red.)*

Görlitz:

Endlich den Aufbruch wagen!

Wer Jugendbeteiligung will muss auch Jugendliche beteiligen.

Zu der Debatte um eine Jugendbeteiligung in der Stadt Görlitz und der Vertagung einer Grundsatzentscheidung durch die CDU und AfD Fraktionen erklärt die Stadträtin und Vorsitzende des Jugendringes Oberlausitz, Jana Lübeck:

Enttäuscht musste ich in der letzten Stadtratssitzung am 28.11.2019 zur Kenntnis nehmen, dass sich die Machtverhältnisse im Stadtrat nicht auf Erneuerung sondern auf Erhalt und Konservierung geformt haben. Der von der Bündnisfraktion eingereichte Antrag für die Konzeption eines Jugendparlaments ist ein richtiger Anfang und es ist schade, dass die CDU nicht über ihre Engstirnigkeit bei diesem Thema springen konnte. Dies ist um so ärgerlicher, da die Bündnisfraktion, offensichtlich um einen mit der bei diesem Thema rückwärtsgewandten CDU kompatiblen Antrag einzureichen, auf fast alle fachlichen Zielbeschreibungen und einen Handlungsrahmen verzichtet hat. Mit der Kürzung des Antrages auf letztlich eine Willensbekundung sollte die letzte Brücke gebaut werden, um eine Zustimmung der CDU zu ermöglichen. Dass die CDU nicht über

diese Brücke gegangen ist zeigt einmal mehr, die CDU ist nur bei ihren Themen verlässlich. Eine Kooperation mit der AfD ist für sie eher der Normalzustand. Eine Stadtentwicklung hin zu einer modernen Europastadt, in der alle Generationen mitgestalten ist so nicht zu machen.

Für uns sind die Voraussetzungen für eine echte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen:

- eine demokratische Mitbestimmung, die nicht auf Bekanntschaft von Kommunalpolitikern beruht, sondern auf einem demokratischen Teilhabeprozess,

- echte Mitgestaltung, das heißt zumindest ein Frage- und Antragsrecht im Stadtrat, den Ortschafts- und Bürgerräten und den Ausschüssen explizit für junge Menschen,

- Beteiligung von 0 bis 27 Jahren (Altersspanne Kinder und Jugendliche laut SGBVIII) und nicht frei erfundene Alterskorridore nach Vorstellung derer, die beraten werden sollen,

- altersgerechte Mitbestimmungsformate,

- eine finanzielle Mindestausstattung, um eigene Entscheidungen auch mög-

lich zu machen.

Wir können uns ein Jugendparlament vorstellen in welchem 1/3 über die Schulen sowie die Hochschule gewählt, 1/3 durch Vereine aus dem Bereich Jugendarbeit/(interkulturelle; auch ehrenamtliche) Kultur- und Jugendarbeit/Sport und 1/3 durch politische Jugendvertretungen benannt werden. Es geht darum, auch im Bereich der Jugendbeteiligung, nicht Zufall oder zufällige Verwandtschaft oder Bekanntschaft zur Grundlage zu machen, sondern einen demokratisch legitimierten Spiegel der Generation unter 18 Jahren (Wahlaltergrenze) sowie junger Menschen bis 27 Jahren in die Entscheidungsprozesse der Stadt einzubinden.

Wir als LINKE sind bereit uns in den Prozess konstruktiv einzubringen, stellen aber auch klar, eine Alibi-Veranstaltung, die alleinige Selbstbefriedigung von Fraktionen zum Zweck hat, ist mit uns nicht zu machen. Wir wollen eine echte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und keine Selbstbestätigung von Entscheidungen, welche wir, die Stadträte, über die Jugendlichen getroffen haben.

Aus dem Stadtrat Löbau:

Bürger dürfen einen Teil des Stadthaushaltes mitbestimmen

In der Septembersitzung des Stadtrates hat der Oberbürgermeister den Doppelhaushalt für die Jahre 2020/2021 eingebracht. Die Stadträte müssen sich jetzt damit auseinandersetzen. Auch den Bürgern wird dazu die Möglichkeit im Rahmen der öffentlichen Auslegung gegeben. Doch wer nimmt sich die Zeit, sich mit so einem umfangreichen Werk zu beschäftigen und seine Ideen mit einzubringen? Wir als Fraktion Die Linke wollen deshalb einen neuen Weg vorschlagen und haben dazu einen Antrag im Stadtrat eingebracht. Wir wollen einen Bürgerhaushalt starten. Das heißt, sofern die Stadträte unserem Antrag folgen, sollen 70.000 für diesen Bürgerhaushalt bereitgestellt werden. Hier sind dann die Bürger selbst gefragt, mit ihren Vorschlägen den Haushalt auszugestalten und ihre Ideen einzubringen. Dazu wird es einen Rahmen geben. Dieser beinhaltet die Ideensammlung, die

Vorberatung in der Verwaltung, die Vorstellung der Ideen in der Öffentlichkeit, die öffentliche Diskussion in einer Bürgerversammlung und die abschließende Beratung im Stadtrat. In jedem Fall ist es den Bürgern so möglich, den Weg vom Vorschlag ihrer Idee bis zur Umsetzung zu verfolgen und sich in die Diskussion einzubringen. Im Vorfeld der stattgefundenen Wahlen wurde in diesem Jahr von vielen Parteien der Mut zur Veränderung gefordert.

Wir als Fraktion DIE LINKE nehmen diese Herausforderung gerne an und hoffen, dass die Mitglieder der anderen Fraktionen des Stadtrates zeigen, dass sie auch diesen Mut aufbringen und ihre Zustimmung zu unserem Antrag geben, damit ein neues Kapitel in der Bürgerbeteiligung in unserer Stadt beginnen können. Nun hat der Stadtrat am 07. November einstimmig unserem Antrag zum

Bürgerhaushalt zugestimmt. In den Vorberatungen ging es um die Art und Weise der Erfassung und Bewertung der Vorschläge und die Finanzierung. Wir glauben, dass Vorschläge unabhängig davon berücksichtigt werden können, ob sie einer Fraktion oder dem Büro des Stadtrates übermittelt werden. Und was die Finanzierung betrifft richtet sich die Realisierbarkeit jedes Vorschlages nach der tatsächlichen finanziellen Situation.

Dazu gibt es Forderungen zur besseren Finanzausstattung der Kommunen vom Sächsischen Städte- und Gemeindetag, einen Antrag der Landtagsfraktion DIE LINKE zum aktuellen Doppelhaushalt und diverse Versprechen des Ministerpräsidenten vor der Landtagswahl. Es wird also spannend.

*Rita Heinrich / Heinz Pingel
Löbauer Stadtrat,
Fraktion DIE LINKE*

Zum Artikel „Görlitz schickt See-Koordinatorin in die Wüste“ vom 26.11.2019 in der Sächsischen Zeitung

Unterschiedliche Bedürfnisse erfüllen!

*Pressemitteilung DIE LINKE.
Fraktion im Stadtrat Görlitz*

Die Entwicklung des Berzdorfer Sees zu einem Erholungsgebiet für die Einwohner*innen der anliegenden Gemeinden und angrenzenden Städte sollte zukünftig im Mittelpunkt stehen. Der See soll mit seiner Infrastruktur und den Angeboten an die unterschiedlichen Erholungsbedürfnisse jeder Altersgruppe angepasst sein. Vor allem für Familien muss der Berzdorfer See attraktiv und gut erreichbar sowie finanziell leistbar sein! Allein die touristische und hochklassige Ausstattung für wohlhabende Tourist*innen und Besserverdiener darf nicht das Ziel der Bemühungen sein!

Der Tourismus am See sollte rück-sichtsvoll und mit Angeboten für allen Nutzer*innen entwickelt und gestaltet werden.

Die Interessen Einzelner sollten gegenüber dem Wohl der Allgemeinheit zurückstehen. Jana Lübeck, Stadträtin DIE LINKE: „Die im Zeitungsartikel benannte Option der Gründung eines Zweckverbandes „Berzdorfer See“ mit den Anrainergemeinden halten wir für eine strategisch und perspektivisch sinnvolle Maßnahme. Nur gemeinsam mit allen Beteiligten lässt sich dauerhaft der Ausbau und die Bewirtschaftung des Sees realisieren. Hier hoffe ich, dass sich die Beteiligten mit Blick nach vorn und nicht zurück zusammen tun werden.“ Weiter:

„Zur Personalentscheidung in der EGZ lässt sich nur anmerken, dass es allein bei der Geschäftsführerin liegt, diese zu treffen und langfristig gesehen Veränderungen in der Gesellschaftsstruktur unvermeidbar sein werden. Die neue Ausrichtung der Geschäftsfelder und Ziele der EGZ sollten durch den Aufsichtsrat gemeinsam mit der Geschäftsführung getroffen werden. Dabei stehen für mich Transparenz und die Entwicklung eines ausreichend finanzierten Personalkonzeptes an erster Stelle.“ *Mathias Fröck*

Gemeinde Krauschwitz:

Warum ich dem Haushalt der Gemeinde nicht zustimme

Ein Beitrag von Heike Krahl, Gemeinderätin

Die Leistungsfähigkeit der Gemeinde Krauschwitz ist leider nicht gegeben und sie hat Liquiditätsprobleme. Hat sie das selbst zu verschulden oder ihre Bürger, hätte das Land eher unterstützen sollen?

Das Schwimmbad hätte nach der Wende keinen TÜV mehr bekommen und hätte schließen müssen.

Gebaut wurde es, damit Kinder nicht mehr in den umliegenden Grubenlöchern baden, von Bürgern und Betrieben mit eigener Kraft. Einzigster Ausweg aus Dresden hieß: Schließen oder Spaßbad. Natürlich auch noch zu groß geplant.

In den nächsten Jahren gab es nicht genügend Arbeit und die Bürger zogen fort. Es gab weniger Schlüsselzuweisung. Der Kredit konnte nicht ordentlich abgezahlt werden.

Die Oberschule behielt Krauschwitz, damit junge Familien hier bleiben und nicht in große Städte abwandern. Aber die Schule muss nach so vielen Jahren saniert und modernisiert werden. Und dabei muss noch auf Denkmalschutz geachtet werden.

Es kommen auch Kinder aus dem Umland in die Schule. Nur an der Sanierung müssen sich die Gemeinden nicht beteiligen.

Es gab ein Gesetz zum Embargo von Russland, was zwei Betrieben Aufträge und Einnahmen kostete.

Kino, Disko usw.- Fehlanzeige. Damit ein bisschen etwas passiert engagieren sich Bürger ehrenamtlich. Dafür gibt



Heike Krahl.

eine Idee. Und die soll gleich wieder kaputt geredet oder gespart werden. Wo war da bisher der Freistaat? Wo war die auskömmliche Finanzierung der Kommune?

Mit einer Fläche die fast doppelt so groß wie Görlitz ist, bekommen wir weniger Schlüsselzuweisung, brauchen aber auf Grund der Fläche 6 Feuerwehren. Haben 50 km Straßen.

Den Steuersatz auf Durchschnitt erhöhen, heißt auch wieder, der Durchschnitt steigt

Ich wurde gewählt zum Wohle der Gemeinde. Viele hier haben in den letzten Jahren keine Lohnerhöhung bekommen. Die Lebenshaltungskosten sind gestiegen. Da tut jeder Euro weh. Ich stimme der Erhöhung deshalb nicht zu. Auch dem Haushaltskonsolidierungspapier stimme ich nicht zu, weil dort Punkte enthalten sind, die aus meiner Sicht nicht erfüllbar sind wie die Zusammenarbeit mit dem Standesamt Weißwasser, denn das hat die Kommunalaufsicht schon einmal rückgängig gemacht, eine Verwal-

es eventuell mal 200 Euro Zuschuß – auch kein Vermögen. Stadion – die Sportler sind längst weg. Also muss ein neues Konzept her. Engagierte Bürgerentwickelten

tungsgemeinschaft ist von der Sächsi-

schen Regierung nicht mehr möglich

Laut Kleiner Anfrage an die Staatsregierung hat die Erlebniswelt das Personal schon sehr weit reduziert, hier muss eher gegen gesteuert werden, damit das noch vorhandene nicht geht.

Die im Konsolidierungskonzept genannten Sanierungskosten wurden nicht ermittelt, sondern von einem anderen Bad übernommen. Das ist keine Arbeitsgrundlage.

Das Bad ist etwas, was Krauschwitz Besuchern zu bieten hat ebenso die Entwicklung eines Sportkomplexes.

Auch wenn sonst keine sogenannten freiwilligen Aufgaben finanzierbar sind.

Und es bleibt weiterhin die Frage, wie will das Land Kommunen im ländlichen Raum unterstützen?

Wie soll eine angemessene finanzielle Ausstattung der Städte und Gemeinden aussehen, damit kommunale Selbstverwaltung nicht Makulatur ist?

Die Zukunftsfähigkeit des kommunalen Raumes ist durch strukturell unausgeglichene Haushalte stark gefährdet. Bürgernahe Dienstleistungen und eine Vielzahl von Aufträgen für Handwerk und Baugewerbe werden von den Kommunen angeboten und nachgefragt. Diese Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger können aber für die Zukunft nur gesichert und verbessert werden, wenn die Grundlagen dafür geschaffen werden.

Zittau:

Elternbeiträge für Kitas werden nicht erhöht

Nachdem der Stadtrat zweimal mit knapper Mehrheit eine Erhöhung der „Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in



Jens Hentschel-Thöricht.

der Kindertagespflege" ablehnte, begrüßt DIE LINKE die nun anvisierte Einigung zwischen Oberbürgermeister und der Mehrheit des Stadtrates.

DIE LINKE zeigte in der November-sitzung des Stadtrates eine Reihe von Möglichkeiten auf, wie die Mindereinnahmen der Stadt, welche durch die Nichterhöhung der Elternbeiträge entstehen, kompensiert werden können. So zum Beispiel durch eingesparte Personalkosten. Nun lässt sich feststellen, dass diese und weitere Vorschläge durchaus realistisch sind. „Wo ein Wille ist, da lassen sich Lösungen finden. DIE LINKE ist dabei ein konstruktiver und verlässlicher Partner. Das Wohlergehen und die Zukunft der Kinder muss der Investitionsposten Nummer 1 sein!“, so der Vorsitzende der LINKEN im Stadtrat Zittau Jens Hentschel-Thöricht.

Links der Neiße

Information in Wort und Bild

Ortsverband Löbau:

Wie weiter im OV Löbau?

Bericht von der Jahresabschlussversammlung am 11. Dezember 2019

Nach dem wir zur letzten Mitgliederversammlung einen Rückblick auf die Wahlen des Jahres 2019 gehalten hatten, stand bei der letzten GMV des Ortsverbandes Löbau der Blick nach vorn im Mittelpunkt. Keine einfache Sache, wie Heiderose Gläß, Vorsitzende des OV feststellte.

Im Ortsverband Löbau sind derzeit 123 Mitglieder registriert; der Altersdurchschnitt beträgt 73 Jahre. Wir haben 10 Basisorganisationen, von denen 4 nur auf dem Papier existieren – nämlich Bernstadt, Hutberg, Löbau-Mitte Neusalza-Spremberg – und 11 Einzel-

mitglieder in Kottmar und Schönau-Berzdorf, die monatlich die Kreiszeitung per Post bekommen. Die Aktivitäten im OV waren neben den Wahlkämpfen, bei denen wir Unterstützung aus dem Kreisverband und darüber hinaus erhielten, die 4 GMV, die monatliche Basistage, zusätzliche Infostände, die wöchentliche Bürobesetzung dienstags, verschiedene Unterschriftensammlungen, die Seniorentreffs und die aller zwei Monate durchgeführten Geburtstagsfeiern, die sehr unterschiedlich besucht waren. Ab Januar – eigentlich schon jetzt –

haben wir ein neues Problem: Es gibt kein Büro mehr in Löbau, also keinen Treff- bzw. Anlaufpunkt mehr. Wir werden versuchen, einen kostenlosen/ bzw. –günstigen Raum für die monatlichen Treffen zu finden. Wir können nicht nur oder fast ausschließlich auf digitale Kommunikation setzen, wie es mehr und mehr auf Bundes- und Landesebene angestrebt wird. Bei der altersmäßigen Zusammensetzung unseres OV (s.o.), sind das persönliche Gespräch und das Treffen mit Gleichgesinnten wichtig, ebenso wie die monatliche Information in Papierform, also eine gedruckte Zeitung. Die Vorsitzende des Ortsverbandes musste konstatieren, dass im vergangenen Jahr deutlich mehr Mitglieder ver-

storben oder ausgetreten sind als zugezogen oder eingetreten.

Die Anwesenden sprachen sich mehrheitlich dafür aus, dass bei Beibehaltung der kleinen lokalen Gruppen (jetzige BO) mit der Neuwahl im Februar (voraussichtlich am 26.02.2020) aus dem Ortsverband Löbau zwei große BO – Löbau und Umland sowie Oberland – gebildet werden, die vom Kreisvorstand direkt betreut werden. Das muss jetzt mit den Genossen in Ebersbach-Neugersdorf diskutiert werden, da von dort zur Beratung am 16. Dezember keiner anwesend war. Abschließen klang der Nachmittag in gemütlicher Runde bei besinnlichen Gesprächen aus. (hg)

Kreisverband Görlitz:

Kreisweite AG Frieden bei den LINKEN. Görlitz gegründet

75 Jahre nach Beendigung des 2. Weltkrieges durch die Sowjetarmee rollen Panzer in Richtung Osten. Veranstalter und Einlader des nächsten großen Manövers mit dem Namen Defender 2020 sind die USA, das Department of the Army und das US-EUCOM in Stuttgart, und soll zeigen, was sie können.

Zum wiederholten Mal nutzen US-amerikanische NATO-Truppen den Truppenübungsplatz Oberlausitz als Zwischenstation.

Die LINKE im Kreisverband Görlitz stellt sich klar gegen die Truppenbewegungen und den Ausbau des Truppenübungsplatzes, mit denen nur provoziert, aber kein Frieden sichergestellt

wird. Deshalb initiierte der Kreisvorstand die Gründung einer AG Frieden und hatte in Links der Neiße dazu aufgerufen.

Am 27.11.2019 trafen sich 8 Genoss*innen, die dem Aufruf gefolgt sind. Die folgenden Punkte sind den TeilnehmerInnen wichtig:

Frieden ist als Hauptthema der Partei Die LINKE in den Hintergrund getreten und das soll sich ändern durch:
- Weitere Menschen denen Frieden wichtig ist, sollen mobilisiert werden mit gemeinsamer Koordination und Vernetzung;
- Generationenkonflikt in Sachen Frieden durch politische Diskussionen und Veranstaltungen zum Thema Frieden/Verhältnis zu NATO

sollen beigelegt werden;
- Politische Veranstaltung im Vorfeld mit Liebknecht-Luxemburg-Gedenken sind zu nutzen, um bereits öffentlich auf den friedenspolitischen Aspekt und die Aktionen hinzuweisen;
- Aktionen gegen Aufrüstung und Rüstungsexporte;
- Hightech in Rüstung z.B. in Dresden muss aufgezeigt und verhindert werden;
- Verschiedene Projektformen erarbeiten;
- Der Truppenübungsplatz soll neu gedacht und eventuell neue Konzepte entwickelt werden;
- regionale Aktivitäten entlang der Route der Truppentransporte.

Das nächste Treffen findet am 5.3. in Görlitz in der Schulstraße um 17:30

statt und Interessierte können gern teilnehmen.

Heike Krahl

Aktionen 2020

- Friedenskonferenz der Partei DIE LINKE, voraussichtlich 28.3. in Weißwasser
- Ostermarsch am 13.4. in Cottbus
- Elbe-Day am 25.4. in Torgau
- Tag des Sieges 9.5. in Berlin
- Fahrradfahrt um den Truppenübungsplatz

Rosa Luxemburg Stiftung:

Schwarzbuch

Publikation International/Transnational - Krieg/
Frieden - Naher Osten

Kritisches Handbuch zur Aufrüstung und Einsatzorientierung der Bundeswehr

Heute steht die Bundeswehr «einer nie da gewesenen Parallelität und Größenordnung von Krisen und Konflikten gegenüber», formuliert das im Juli 2016 erschienene Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr. (Bundesministerium der Verteidigung (Hg.)) Der Befund klingt dramatisch. Der Kunstgriff in der Formulierung: Die Bundesregierung tut so, als handele es sich um einen der Bundeswehr von außen aufgezwungenen Sachverhalt. Tatsächlich haben sich Kriege und Krisenherde der deutschen Armee nicht aufgezwungen. Seit rund 25 Jahren werden deutsche Soldaten systematisch in Kriege und Krisengebiete entsandt. Das Weißbuch hat die Aufgabe, diesen Kurs als alternativlos darzustellen (Ingar Solty, Exportweltmeister in Fluchtursachen: Die neue deutsche Außenpolitik, die Krise und linke Alternativen, Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2016, S.13-19).

Das Weißbuch entstand unter Federführung des Bundesministeriums für Verteidigung. Laut Eigendarstellung stellt es «das oberste sicherheits- und verteidigungspolitische Grundlagentextdokument der Bundesregierung» dar und formuliert «das sicherheitspolitische Programm für die nächsten

Jahre».

Das Weißbuch ist Teil der psychologischen Kriegsführung des Verteidigungsministeriums. Von der Leyen und ihre Nachfolgerin AKK führen einen Kampf um die Köpfe.

Das vorliegende Schwarzbuch hat sich zur Aufgabe gestellt, dahinter stehende Motive und Interessen offenzulegen, und davon ausgehend die Strategien und Rüstungsvorhaben der Regierung darzustellen.

Schließlich soll anhand historischer wie aktueller Beispiele deutlich gemacht werden, wie wir uns gegen einen neuen Militarismus wehren können.

Das Schwarzbuch wird gemeinsam herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag.

Was die Broschüre für mich besonders interessant macht? Klar benannt ist der „Kampf um die Köpfe“, als psychologische Kriegsführung. „Kanonenfutter“ kommt nicht von allein - von 2011 bis heute hat sich Gesamtposten für Nachwuchswerbung im Militärhaushalt mehr als verdoppelt (2016 35,3 Mio.).

Nicht eine Friedenskonferenz wird uns helfen, sondern viele kleine Aktionen, heute und hier.

Winfried Bruns

Kreisverband Görlitz:

Wir stellen uns gegen das Kriegsmanöver „US Defender Europe 2020“



Siegreicher Krieg gegen Russland? Frankreich, Deutschland habens probiert, auch die USA wird scheitern. Das Opfer sind immer die Völker. Stoppt diesen Wahnsinn!

DIE LINKE in der Lausitz stellt sich zusammen mit weiteren Initiativen, wie der Friedenskoordination Cottbus, „attac“ oder „aufstehen“ für ein friedliches Europa und gegen das provozierende Kriegsmanöver der US-Truppen mit verbündeten europäischen Kräften im ersten Halbjahr 2020. Das Kriegsmanöver soll die schnelle Verlegung von einer großen Anzahl von Panzerverbänden, insgesamt 37.000 Soldat*innen, von den USA bis nach Polen und ins Baltikum trainieren.

Die Hauptverlegezeit wird für den Transit durch Deutschland im April und Anfang Mai sein. DIE LINKE. und die oben genannten Initiativen organisieren verschiedene Veranstaltungen.

Am 28. März wird es eine Friedenskonferenz in Weißwasser geben, am 13. April den Friedensmarsch zu Ostern in Cottbus. Zudem werden noch weitere Termine stattfinden und besonders der Friedenspanzer der Bundestagsfraktion wird in Cottbus, Weißwasser, Forst und Senftenberg für Aufmerksamkeit in der Bevölkerung für das Kriegsmanöver und unsere Positionen zu Frieden in Europa und dem Stopp der Aufrüstungen stehen.

Wer sich an den Aktionen beteiligen will, kann gern eine E-Mail an marko.schmidt@dielinke-sachsen.de senden.

Marko Schmidt

Internationale Friedenskonferenz - Bürgerversammlung Deutsche Friedenspolitik

Defender 2020 - Nicht mit uns!

Am 14./15.12.2019 fand eine Aktionsberatung eines Netzwerkes verschiedener Friedenskampagnen gegen NATO-„DEFENDER 2020“ bei Bischofferode in Thüringen statt. Dazu gehören unter anderem die „Friedenskoordination Cottbus“ sowie die „Friedensinitiative Dresden“. Das Credo ist: Keine Ost-Erweiterung der NATO! Oder-Neiße-Friedensgrenze – Bis hierher und nicht weiter!

Im April/ Mai 2020 veranstalten 19 NATO-Mitgliedsländer, darunter auch DEUTSCHLAND, die Militärübung Defender 2020. Besonders provokant gewählt ist der Zeitpunkt des Manövers im Mai 2020, dem 75. Jahrestag der Befreiung Europas vom Faschismus, durch die alliierten Streitkräfte, an der die Soldaten der Roten Armee entscheidenden Anteil hatten. Die



völkerrechtswidrigen Kriege und die Osterweiterung der NATO erfordern entschiedenen Widerstand. Die zunehmenden Bedrohungen und die Androhung von Gewalt gegenüber Russland und China sowie Angriffe auf das Selbstbestimmungsrecht souveräner Länder und Völker sind gefährlicher

denn je (vgl. Art. 2 UN-Charta – Gewaltverbot).

Das Manöver DEFENDER 2020 stellt eine besondere Bedrohung dar. Die Führung dieses Manövers übernehmen die USA, die dazu insgesamt 37.000 Soldaten abstellen wollen. Davon sind 17.000 bereits in Europa stationiert. Der Rest wird zusammen mit Panzern und Gerät aus Nordamerika eingeflogen und mit Schiffen überführt. Mit 20.000 zusätzlichen Soldaten werden für eine einzelne Militärübung so viele US-amerikanische Truppen über den Atlantik gebracht, wie in den letzten 25 Jahren nicht mehr. (Quelle IMI 02.10.2019) Deutschland spielt auf Beschluss der Bundesregierung bei diesem Manöver im April und Mai eine zentrale Rolle als Mitbeteiligter, militärlogistische Drehscheibe und Transitland. So wie die NATO mit

dem Manöver DEFENDER 2020 die Bedrohungen internationalisiert, braucht es den vielseitigen, koordinierten und landesweiten Widerstand, mit eben solchem internationalistischen Charakter.

Widerstand braucht die Kraft aufgeklärter Menschen. Bürgerversammlungen und Workshops zum Zwecke der Mobilisierung eines landesweiten Widerstandes gegen Krieg und Rüstung sowie gegen die Verletzung der von der UNO formulierten allgemeinen Menschenrechte und Menschenwürde sind dringend notwendig. Wir wollen keinen neuen „Kalten Krieg“ und keine „Heißen Kriege“. Das geht ALLE an!!!

Wir wenden uns an ALLE, denen der Frieden wichtig ist, sich gleichberechtigt und aktiv einzubringen. (red.)

Fatales Signal

Bärbel Schindler-Saefkow klagt an

Die Nachricht, dass der VVN-BdA die Gemeinnützigkeit aberkannt werden soll, klingt wie aus einer Zeit, die man überwunden glaubte. Meine Mutter, Aenne Saefkow, gehörte nach der Befreiung vom Faschismus zu den Mitbegründerinnen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, die die Erinnerung an den Widerstand gegen die Hitlerdiktatur und die Millionen Toten des verbrecherischen Naziregimes wachhalten und ihr Vermächtnis mit Leben erfüllen wollten. Von Kindesbeinen an begleitete ich sie bei ihrer Arbeit. Als junges Mädchen war ich selbst beteiligt an der Eröffnung der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, an der meine Mutter wesentlichen Anteil hatte. Sie war Häftling in diesem größten Frauenkonzentrationslager, wo 130.000 Menschen aus 40 Nationen litten, darunter auch Kinder.

Meine Mutter ist am 5. Juli 1944 verhaftet worden, einen Tag nach meinem Vater Anton Saefkow, der mit Bernhard Bästlein und Franz Jacob eine über Berlin hinausreichende Widerstandsorganisation - die größte damals in Deutschland - aufgebaut und geführt hatte. Ich habe meinen Vater nicht kennengelernt. Er wurde mir von deutschen Faschisten genommen und am 18. September 1944 im Zuchthaus Brandenburg ermordet. Ich war kaum



Bärbel Schindler-Saefkow.

älter als ein Jahr.

Die VVN-BdA hat über Jahrzehnte das zivilgesellschaftliche Engagement zur Erinnerung an einen auch in Deutschland aktiven Widerstand gegen Faschismus und Krieg gepflegt und wachgehalten und wurde dabei von vielen Menschen unterstützt. Diese Arbeit muss unbedingt fortgesetzt werden. Eine Behinderung durch finanzielle Erdrosselung wäre ein tief greifender Einschnitt. Die Androhung muss sofort zurückgenommen werden. Im Vorfeld des 75. Jahrestages der Befreiung wäre dies ein fatales Zeichen dafür, dass Deutschland nichts aus seiner Geschichte gelernt hat.

Die Historikerin Dr. Bärbel Schindler-Saefkow, Mitglied der VVN-BdA, war unter anderem wissenschaftliche Leiterin des Projektes »Gedenkbuch Ravensbrück«.

„Aufstehen“ Sachsen traf sich in der Oberlausitz

Das 5. Vernetzungstreffen von „Aufstehen“ Sachsen fand am 07.12.2019 in Bautzen statt. Im Mittelpunkt standen neben der weiteren Diskussion des Strategiepapieres der Austausch zur Planung von Aktionen gegen das Nato-Manöver „Defender 2020“, weshalb auch die Beratung in die Oberlausitz verlegt worden war.

Ein kurzer Rückblick auf die Beschlüsse des Treffens vom 24.11. in Leipzig wurde gegeben, damit alle auf den gleichen Informationsstand gebracht wurden. Es ist geplant, in vielen Städten Aktionen durchzuführen. Großdemos in Leipzig und Dresden müssen umfassend beworben werden. Mahnwachen und kleine Aktionen sollen

aufstehen

DIE SAMMLUNGSBEWEGUNG

aber auch flächendeckend in ganz Sachsen, schwerpunktmäßig aber in Ostsachsen, stattfinden. Eine Übersicht zu Infos und Aktionen gegen „Defender 2020“ soll in einem Ideenportal erstellt werden. In den Ortsgruppen sind Netzwerke zu Partnern außerhalb von „Aufstehen“ aufzubauen – z.B. lokale Friedensinitiativen, attac, kirchliche Gruppen – persönlicher Kontakt ist unbedingt anzustreben, nicht nur per Mail. Im Februar wird über weitere konkrete Schritte beraten. (hg)

„Unbillige Härte“ gegen VVN-BdA

Mit Bescheid vom 6.12.2019, bei unserem Anwalt am 11.12. eingegangen, hat das Finanzamt für Körperschaften in Berlin die Vollziehung der gegen unseren Verein ergangenen Steuerbescheide ausgesetzt. Das bedeutet, dass wir im Moment die angeforderten Steuernachzahlungen nicht aufbringen müssen. Allerdings hat das Finanzamt sich bisher nicht zu der Frage geäußert, ob der Entzug der Gemeinnützigkeit rechtmäßig oder rechtswidrig war. Die Aussetzung erfolgte wegen einer unbilligen Härte für unseren Ver-

ein. Dies ist zwar ein kleiner Etappensieg, trotzdem heißt es wachsam zu sein, bis auch inhaltlich der Angriff auf die Gemeinnützigkeit unseres Vereines zurückgeschlagen werden kann. Wir hoffen, dass das Finanzamt bereits im Einspruchsverfahren unsere Argumentation akzeptiert, und es nicht erst zu einem finanzgerichtlichen Verfahren kommen muss.

Unsere Argumentation wurde auch durch viele unterstützende Stellungnahmen unterstrichen.

Internationaler Tag der Menschen mit Behinderung

Der seit 2007 begangene Internationale Tag der Menschen mit Behinderung mag für manchen ein einfacher Gedenktag sein.

Anlass für diesen Gedenk- und Protesttag ist eine Katastrophe in einem Unternehmen des US-Chemiekonzerns Union Carbide Corporation welches im „Billiglohnland Indien“ das hochgiftige Schädlingsbekämpfungsmittel Sevin produzierte. Durch „eine unglückliche Verkettung von Ereignissen“ (sogenannte Wartungsarbeiten) kam es zur Freisetzung von zwischen 25 und 40 Tonnen Methylisocyanat sowie andere Reaktionsprodukte.

Innerhalb kurzer Zeit bildete sich eine hochgiftige Gaswolke.

Schätzungen der Opferzahlen reichen von 3.800 bis 25.000 Toten durch direkten Kontakt mit der Gaswolke sowie bis zu 500.000 Verletzten, die mitunter bis heute unter den Folgen des Unfalls leiden.

Innerhalb eines Umkreises von ca. 1 km um die Fabrik lebten ca. 100000 Menschen. Die zum Teil großen Abweichungen der Schätzungen erklären sich vor allem aus der ungenauen Kenntnis über die Zahl der Einwohner des betroffenen Elendsviertels in dieser Zeit.

Viele kennen diese Hintergründe nicht. Anders als die Katastrophe in Tschernobyl ist die Katastrophe von Bophal

nie in das öffentliche Bewusstsein gelangt.

Der Internationale Tag der Menschen mit Behinderung am 3. Dezember jedes Jahres ist ein von den Vereinten Nationen ausgerufenen Gedenk- und Aktionstag, der das Bewusstsein der Öffentlichkeit für die Probleme von Menschen mit Behinderung wachhalten und den Einsatz für die Würde, Rechte und das Wohlergehen dieser Menschen fördern soll.

Es ist jedoch nicht nur ein Problem des „globalen Südens“. Auch in Deutschland sind Behinderte trotz gesetzlich garantierter Rechte benachteiligt. Nur mit großem Einsatz sind mitunter kleine Verbesserungen erreichbar – sei es ein behindertengerechter Arbeitsplatz, eine Schulassistenz oder einfach nur ein behindertengerechter ÖPNV. Zu tun bleibt viel.

Am einfachsten wäre schon ein wenig Aufmerksamkeit und nicht „wegsehen“ vor den Problemen. Den „die Würde des Menschen“ soll für alle unantastbar sein.

Ich werde mich jedenfalls dafür einsetzen – als Betroffener wie als Stadtrat oder Vorstandsmitglied des VdK Ortsverbandes Löbau – Zittau.

Winfried Bruns
02763 Zittau
Stauffenbergstraße 30

Görlitz:

Zeitzeugen gesucht

Dar Ronge vom Second Attempt e. V. in Görlitz wandte sich mit folgender Bitte an die LdN:

Wir suchen Zeitzeugen, die in der Furnierhalle des alten Waggonbaus Görlitz (Werk 1), zu VEB-Zeiten und später, gearbeitet haben.

Wir sind vor allem an alten Fotos, Anekdoten aus dem Arbeitsalltag und Beschreibungen über die genaue Tätigkeit interessiert.

Unser Ziel ist es, die Geschichte der Halle aufzuarbeiten und den Besuchern des neuen soziokulturellen Zentrums näherzubringen. Dabei legen wir Wert auf den Vergleich zwischen der früheren Nutzung der Halle und den neuen Erfahrungen nach der Eröffnung.

Bitte melden Sie sich unter dar@second-attempt.de oder unter der 03581/8931928. Alternativ können sie auch gerne im Büro auf der Bautzenerstr. 32 vorbeigekommen und ihre Geschichte erzählen.

Viele Grüße aus der Fabrik

Second Attempt e. V. ist ein Verein zur Förderung & Vernetzung von Jugendkultur in Görlitz. Vorsitzender des Vereins ist Marcus Rüssel. Ziel ist unter anderem: - die Förderung und Unterstützung von Eigeninitiative, Engagement und Ideen junger, kreativer Menschen, - das soziokulturelle Leben bereichern und Jugendlichen in Ostdeutschland und Polen die Perspektivlosigkeit nehmen durch kulturelle Jugendprojekte und Workshops.

Ortsverband Zittau:

Weihnachtsfeier für benachteiligte Menschen



Alle, denen es finanziell nicht so gut geht, aber auch ältere alleinlebende Senioren, sozial benachteiligte Menschen aber auch Asylbewerber ohne weiteren Kontakt in Zittau waren zur Sozialen Weihnachtsfeier in den Infoladen auf der Äußeren Weberstraße 2 eingeladen. Das Treffen soll den Menschen die Möglichkeit geben, gerade in der Vorweihnachtszeit ein Stück Ruhe, Besinnung aber auch ein Stück Wertschätzung zu finden und ihnen das Gefühl geben, dass auch sie ein Teil der Gesellschaft sind. Organisiert wurde die mittlerweile achte Veranstaltung dieser Art vom Tamara-Bunke-Verein für Jugendverständigung mit Unterstützung von „Die Linke“, die die Räumlichkeiten zur Verfügung stellt, so Stadtrat Jens Hentschel-Thöricht. Zur Feier gab es Kaffee und Stollen, für Kinder kleine Geschenke und die Erwachsenen konnten sich Bücher mit nach Hause nehmen.

Herrnhuter Hospiz freut sich über Weihnachtsbaum

Unter dem Motto „Die Welt vereint zum Lichterfest“ wurde in Zittau erstmals ein internationaler Weihnachtsbaum-Schmück-Wettbewerb ausgetragen. An diesem beteiligte sich auch der „Eine – Welt e.V. Zittau“ mit einem Baum aus der Leutersdorfer Baumschule.

Dieser wurde am 10. Dezember 2019 von Jens Hentschel-Thöricht und der Schatzmeisterin des „Eine – Welt e.V. Zittau“ Anett Seeliger dem Herrnhuter Hospiz „Siloah“ übergeben. René Rixrath, Leiter der stationären Hospizarbeit: Im Namen der Bewohner und auch der Mitarbeiter sagen wir ganz herzlich Danke. Diese kleinen schönen Zeichen zeigen uns, dass unsere Arbeit anerkannt wird und geben uns Kraft. An dem Baum können sich die derzeit elf Bewohner des Hospiz mit ihren Angehörigen in dem schweren Lebensabschnitt erfreuen.

Gern können auch Sie die Arbeit des Hospiz „Siloah“ in Herrnhut unterstützen. Die Hospizarbeit ist dauerhaft auf Spenden angewiesen, da lediglich 95



Prozent der Gesamtkosten durch die Kranken- und Pflegekassen übernommen werden. Der Bewohner selbst hat keine Zuzahlungen zu leisten, weshalb 5 Prozent beim Träger der Einrichtung verbleiben.

Jens Hentschel-Thöricht
Sparkasse Oberlausitz-Niederschlesien,
IBAN DE608505 0100 3000 1155 19

Ortsverband Niesky:

Gesamtmitgliederversammlung in Niesky

Am 9. Dezember trafen sich die Genossinnen und Genossen des Ortsverbandes Niesky zu ihrer letzten Mitgliederversammlung 2019. Als Gast wurde Antonia Mertsching, die neue Kreisvorsitzende der LINKEN, Görlitz begrüßt. Kathrin Kagelmann, jetzt



stellvertretende Landesvorsitzende, berichtete von der Arbeit des neu gewählten Landesvorstandes und wertete den Landesparteitag aus. Gunter Nicklich sprach als ehemaliger Stahlbauer die angedrohte Schließung des Stahlbaus Niesky an und forderte seitens unserer Partei Solidarität mit den Beschäftigten ein. Kathrin und Antonia sicherten die Unterstützung der Landesebene zu. (red.)

+++Leserbriefe+++Leserbriefe+++Leserbriefe+++ Schlimmer geht's nimmer

Während die Kanzlerin in Auschwitz einen Kranz niederlegt und heuchlerische Worte zum Gedenken an Millionen Frauen, Männer und Kinder, die in den Konzentrationslagern ermordet worden, findet, entzieht das Berliner Finanzamt der Bundesvereinigung VVN-BdA die Gemeinnützigkeit, fordert rückwirkend Steuern ein. Das Ganze um den VVN-BdA mundtot zu machen und dies auch noch im Namen der Christlichkeit (CDU). Gleichzeitig ist die Kriegsministerin AKK unterwegs um der Rüstungsindustrie in Deutschland Aufträge zu verschaffen, die deutschen Soldaten umfangreicher an das Töten von Menschen und das Vernichten von Kulturgütern zu gewöhnen – ebenfalls im Namen der Christlichkeit.

Wann begann in Deutschland dieser faschistische Einfluss? Für die DDR – und das lässt sich beweisen, als Marx seine Worte aus dem kommunistischen Manifest Wirklichkeit wurden:

„Die wohlfeilen Preise ihrer Bourgeoisie sind die schwere Artillerie, mit denen sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießen.“

Noch ein Hinweis an das Bundesministerium für Bildung:

Bitte die Geschichtslehrpläne überarbeiten und dem Lehrstoff Faschismus mehr Raum geben- Damit die VVN-BdA auch ihre Gemeinnützigkeit beweisen kann.

Hans und Hannelore Tschöcke, im Auftrag der Genossen aus Ebersbach-Neugersdorf (Sachsen)

„Russischer Abend“ lebte wieder auf

Mitglieder der AG Betrieb und Gewerkschaft, des Liebkecht Kreises und von „aufstehen“ trafen sich am 21. November 2019 zu einer gemeinsamen Beratung in Görlitz. Neben der Auswertung des Landesparteitages, der am Wochenende zuvor stattgefunden hatte, wurden Gedanken zur aktuellen Ent-



wicklung des Verhältnisses von Deutschland zu Russland ausgetauscht. Natürlich kamen auch dabei die Geschehnisse auf den Dresdener Partei-

Am 15. Dezember trafen sich Mitglieder der LAG Ökologie – ADELE in Dresden zu einer Arbeitsberatung.

BAG Klimagerechtigkeit vs ADELE?

Ein Beitrag von Sabine Kunze

Im ersten Punkt wurde nochmal Rückschau auf die Wahlausgänge 2019 gehalten. Besonders schmerzlich ist, dass in der neuen Landtagsfraktion nur noch 2 Genossen*innen – Marco Böhme aus Leipzig und Antonia Mertsching aus Weißwasser - Umweltthemen vertreten und bearbeitet werden. In die Erarbeitung des Landtagswahlprogramms hatte sich ADELE mit einem eigenen Umweltkapitel mit konkreten Vorschlägen und Forderungen eingebracht.

Im neu gewählten Landesvorstand wird Kathrin Kagelmann als stellvertretende Vorsitzende darauf achten, dass Umweltthemen nicht hinten runter fallen. Trotzdem sind die Themen Strukturwandel in der Lausitz, Energiewende, Strukturwandel in der Autoindustrie, Ökologisierung der Wirtschaft, Landwirtschaft u.v.a.m. Grund für Streit in der Partei, sowohl auf Landes- wie Bundesebene. Es ist dringend nötig, das ökologische Profil der Partei zu schärfen, nach innen und nach außen. Wir werden nicht als ökologische Partei wahrgenommen und müssen es besser verstehen, die Verbindung Ökologie und Soziales darzustellen. Die Partei muss klären, welche Aufgabe und welchen Wert sie für die sich wandelnde Gesellschaft (Digitalisierung, Strukturwandel) hat.

Öko-Konferenz fortsetzen

Im Jahr 2018 führten wir eine Öko-Konferenz unter dem Titel „Klimakiller Kapitalismus?“ in Leipzig durch. Diese soll eine Fortsetzung erhalten und der Landesvorstand hat in einem Beschluss dafür 6.000 Euro bewilligt. Das Konzept dafür muss bis Ende 2020 stehen. Nach umfänglicher Diskussion einigte man sich auf das Arbeitsthema „Ökologische Fragestellungen der Digitalisierung“ und auf eine ADELE-Klausur am 8. und 9. Februar 2020 in Cunnersdorf bei Kamenz zur Vorbereitung. Im nächsten Punkt diskutierten wir das



Verhältnis von ADELE zur neu gegründeten BAG Klimagerechtigkeit. Sie hat sich im Oktober in Leipzig gegründet und hat vor allem die Themen Klimawandel, Energiewende, Klimagerechtigkeit auf ihrer Agenda. Es sind vor allem junge Leute, die auch bei „Ende Gelände“ und Fridays for future aktiv sind.

ADELE - noch Daseinsberechtigung?

In diesem Zusammenhang wurde auch darüber gesprochen, ob ADELE, die es seit 30 Jahren gibt, noch eine Daseinsberechtigung hat. Dies wurde bejaht, da ADELE mehr Themen als Klima abdeckt, das ökologische Profil der Partei geschärft hat und zumindest den älteren Mitgliedern ein Begriff ist. Allerdings braucht ADELE neue Mitstreiter*innen und neue Sprecher*innen, die den Laden in Schwung halten. Spätestens bis September 2020 muss entschieden werden, wie es weitergeht. Dazu wird die BAG Klimagerechtigkeit zur Klausur eingeladen, um erste Kontakte zu knüpfen und eine künftige Zusammenarbeit auszuloten.

Im letzten Punkt wurde über den Koalitionsvertrag der neuen schwarz-rot-grünen Landesregierung gesprochen. Er enthält viele Punkte, die positiv klingen und die wir aus linker Sicht begrüßen. Es muss sich jedoch zeigen, ob und wie sie umgesetzt werden. Es wird eine Aufgabe der Landtagsfraktion sein, dies zu begleiten und einzufordern sowie unsere Forderungen dazugeben zu setzen.

tag im Zusammenhang mit Äußerungen von Leipziger solid-Mitgliedern zur Sprache (LdN berichtete) Umrahmt wurde der Nachmittag, der auch an den 102. Jahrestages der Ok-

toberrevolution erinnerte, mit Russischen Folklore und Lieder der Revolution, Bilder aus verschiedenen russischen Städten und Regionen und einer deftigen Soljanka.

Simpler Menschenverstand sollte ausreichen

Die Positionen der Leipziger Linksjugend zu Russland führten zu Irritationen auf dem Landesparteitag.

Nachfolgend einige Auszüge aus Kathrin Kagelmanns Brief an die Leipziger Linksjugend:

Lieber Michael, liebe Linksjugend, ich hatte es als einen bemerkenswerten Vorgang gewertet, dass ihr euch auf dem Landesparteitag zu einer Entschuldigung für einen verunglückten Post durchringen konntet. ... Aber inzwischen habt ihr euch noch einmal geäußert und deshalb kann ich mir eine Erwiderung nun nicht mehr verkneifen.

Frieden mit Russland - das Thema ist mir wichtig

Entschuldigt – das Thema ist mir tatsächlich wichtig, deshalb brauche ich einige Zeilen mehr. Der Ausgangspunkt: Ist es nicht eigenartig, dass wir zu Kuba und Bolivien extra Anträge verabschieden, aber ein kurzer Einschub – eigentlich nur drei Worte („Frieden mit Russland“) – in einem Leitantrag solche Wellen auslöst? Das verweist auf einen tiefergehenden Konflikt – und der zieht sich möglicherweise entlang einer Generationenlinie. Und das wiederum hat etwas mit unterschiedlicher Sozialisation zu tun. Deshalb sollte man sich gut zuhören, denn es geht nicht um richtig oder falsch, es geht um zeitliche Einordnungen und Anerkennung von unterschiedlichen Erfahrungen. Ja, Russland ist ein kapitalistischer Staat mit einem uns eher fremden (in unserer Lesart entstellten oder undemokratischen) präsidential-parlamentarischen System und es hat neben wirtschaftlichen auch sehr viele innenpolitische Probleme. Alkohol, Gewalt, Homophobie, Korruption, Einschnitte der Meinungsfreiheit und fehlende demokratische Strukturen. Diese Probleme teilt es – qualitativ sehr unterschiedlich – mit einer großen Zahl von Ländern dieser Erde. Daraus allein kann keine besondere Rolle begründet werden. Die kann sich aber ergeben aus der Geschichte, die Regionen wie Europa oder Länder teilen. Insofern ist der Aufhänger „Internationaler Tag der Gewalt gegen Frauen“ ein konstruierter, denn der Fakt der im internationalen Vergleich hohen Gewaltquote wird nicht bestritten (jedenfalls nicht von mir), allerdings ist der Vergleich mindestens unglücklich. Deshalb trage ich eure Schlussfolgerung ausdrücklich nicht mit! ... Ich meine jedenfalls, dass angesichts der Daten und der Befunde zu Gewalt gegen

gen Frauen für Europa und Deutschland der moralische Fingerzeig gegen Russland nicht überzeugend ist. Und warum bemüht ihr eigentlich an dieser Stelle den Vergleich zur USA? Als was eigentlich – als demokratisches Musterländle bei der Einhaltung von Menschenrechten? Oder doch als „machtpolitischer Gegenpool“ zu einem Land „wie jedem anderen“ und damit als Reflex auf den zurecht kritisierten linken Antiamerikanismus? Ich weiß nicht, von wem ihr was hört oder gesagt bekommt. Ich nehme für mich in Anspruch, weder von „unserem sozialistischen Genossen“ in Bezug auf Russland zu sprechen, schon gar nicht von einem verschwimmten „Patriotismus“, der angemessen wäre. Es gibt niemanden Ernstzunehmenden in meinem Umfeld, der in Russland ein „Projekt des Sozialismus“ erkennt. Das ist wirklich absurd, weil wir „Alten“ das Sterben und das Ende des Sozialismusversuchs in Europa sehr bewusst „erleiden“ mussten. Dass von der einstigen sozialistischen Idee, auch von den kühnen Übergangsplänen eines Michael Gorbatschows, nichts mehr übrigblieb, dafür sorgten nach 1990 nicht zuletzt auch in Russland die findigen Berater der internationalen Staatengemeinschaft, von Internationalem Währungsfonds und Weltbank. Zu Menschenrechtsproblemen hat man anscheinend nicht „beraten“.

Es geht um Verantwortung gegenüber Russland!

Dabei geht es mir – ich spreche ausdrücklich nicht für eine LAG, sondern als „Blockfreie“ – und vielen „älteren“ GenossInnen um etwas anderes – nämlich um Verantwortung! Und aus der kann durchaus eine besondere Form von Solidarität – keine bedingungslose, schon gar keine kritiklose – erwachsen. Es geht um Verantwortung gegenüber Russland! Eine Verantwortung, die sich aus 20 – 27 Mill. Toten Sowjetrussen (je nach Quelle) im 2. Weltkrieg – einem Krieg, der vom faschistischen Deutschland ausging! Der 2. Weltkrieg hat die Sowjetunion – besonders den Westen – völlig zerstört. ... Dass nach dieser Katastrophe der sozialistische Weltversuch vor allem ökonomisch scheitern musste, lag eigentlich auf der Hand. Es geht um Verantwortung gegenüber Russland!

Eine Verantwortung, die sich daraus ergibt, dass die Welt lange in zwei konträre Weltsysteme aufgeteilt war, die sich waffenstarr gegenüberstanden und mehrmals nur knapp den Ausbruch eines 3. Weltkrieges abwenden konnten. Daraus resultiert bis in die Gegenwart die besondere Rolle Russlands als einstiger Weltmacht. 1990 wurde der Kalte Krieg beendet – gewaltfrei entließ das flächengrößte Land der Erde (schon damit erklärt sich, warum Russland eben nicht ein „kapitalistischer Drecksstaat“ ist, wie jeder andere) seine Vasallen aus der Umklammerung, machte den Weg frei für die deutsche Wiedervereinigung.

Deutlich erkennbar, wer sich im „Zangengriff“ befindet

Übrig blieb ein kapitalistisches Weltsystem mit dem Machtzentrum USA und Kerneuropa und einem seinem Gründungsauftrag beraubten Militärbündnis, das nach einer kurzen Phase des Aufeinander-Zugehens („Gemeinsames Haus Europa“) nicht aufhören konnte, zu siegen und sich aller Wende-Absprachen mit dem einstmaligen Held Gorbatschow sukzessive entledigte. Es ist auf jeder Karte erkennbar, wer sich heute in wessen „Zangengriff“ (Peter Scholl-Latour) befindet und das erklärt einige der Reaktionen Russlands. Wie schrieb doch der langjährige Sicherheitsberater der USA, Zbigniew Brzezinski, 1997 so entlarvend: „Amerikas geopolitischer Hauptgewinn ist Eurasien (...) Eurasien ist das Schachbrett, auf dem der Kampf um die globale Vorherrschaft auch in Zukunft ausgetragen wird.“ Es geht um Verantwortung gegenüber Russland! Eine Verantwortung, die sich daraus ergibt, dass Russland als Teil von Europa mit unserer Geschichte und mit unserem Wohl und Wehe eng verbunden ist. Simpler Menschenverstand sollte ausreichen zu erkennen, dass eine aggressive NATO-Politik in Europa und eine unsouveräne EU-Politik nur der Entwicklung und der Sicherheit der Länder in unserer „Wohnstube Europa“ schaden. Da Krieg als Mittel von Politik ausscheiden sollte, kann letztlich Einflussnahme auf Staatssysteme – und damit auch auf deren Innenpolitik – überhaupt nur über wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen passieren.

Russen als Teil eines „Gemeinsamen Hauses Europa“

Die Russen jedenfalls wären als Teil eines „Gemeinsamen Hauses Europa“ sicher leichter zu demokratischen Zugeständnissen zu bewegen, als durch Militärbasen und Wirtschaftssanktionen. Zum Abschluss: Ich rede von Verantwortung für ein Land und seine Bevölkerung. Ihr redet von einer Staatsform und der aktuellen politischen Führung. Nun – verglichen mit dem „Tanzbär“ Jelzin haben wir es bei Putin in meinen Augen mit einem berechenbaren, weil stets nüchternen, aber obendrein sehr selbstbewussten Partner zu tun, der die Deutschen und den Wendeprozess sehr gut kennt. Das hätte ein Pfund sein können in den deutsch-russischen Beziehungen, war es auch längere Zeit. Aber meine „Empathie“ für Russland resultiert aus dem Gefühl von Verantwortung einem Land und seinen Menschen gegenüber – nicht aus der Verehrung für einen Staatsmann. Ist es tatsächlich jugendliche Scharfsinnigkeit oder nur Meinungsmainstream, wenn eure Russlandposition so auffällig mit der allgemeinen westlichen Haltung zu Russland zusammenfällt und wer schreibt eigentlich die „Nachwendegeschichte“? Ist es tatsächlich nur Verklärung des „Großen Bruders“ (gleichwohl gibt es das natürlich!) bei den „Russlandverstehern“ oder ein Kampf um eine letzte ostdeutsche, eigentlich originär linke Position in der Bewertung von Weltkriegs- und Nachkriegsgeschichte, die unsere Partei hier trennt? Man sagt, zwischen Staaten gibt es keine Freundschaft – nur Interessen. (Außen)Politik ist demnach dazu da, die nationalen Interessen gegenüber Dritten zu vertreten. Gute Politik berücksichtigt dabei immer auch die Interessen des Gegenübers und bezieht sie in das eigene Handeln ein. Das macht Politik nachvollziehbar und damit berechenbar und was nachvollziehbar ist, wäre genauso gut vorhersehbar also vermeidbar gewesen – siehe Ukraine- oder Krim-Konflikt. Politik vorhersehbar zu gestalten, ist die hohe Schule von Diplomatie und eigentlich Garant für Frieden. Aktuell scheint es an solchen Diplomaten zu mangeln. Das macht unsere Welt ziemlich gefährlich. Wir müssen uns besser zuhören! Unverkrampt und ohne Beschlussdruck. Lasst uns dazu Ideen finden. *Viele Grüße K. Kagelmann*

Auflösen oder Erneuern?

Erklärung des Sprecherrates der Historischen Kommission beim Parteivorstand der LINKEN zum Außerordentlichen Parteitag der SED im Dezember 1989

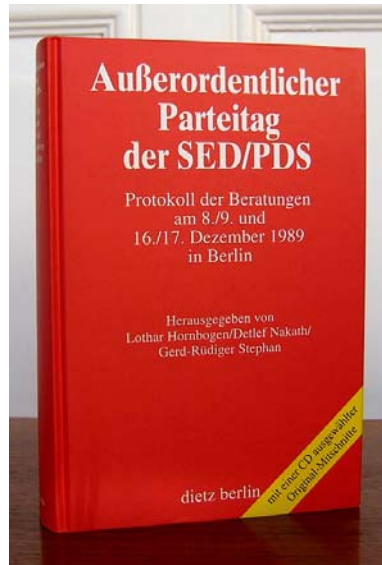
Zu den Ereignissen, an die im Zusammenhang mit den Vorgängen vor 30 Jahren zu erinnern ist, zählt zweifelsohne der Außerordentliche Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Dezember 1989.

Angesichts sich überschlagender Ereignisse und der tiefen Krise, in der sich die DDR und die Partei selbst befanden, waren einschneidende Entscheidungen unumgänglich. Die über Jahrzehnte "führende" und mit umfassender Macht ausgestattete Parteispitze allerdings lief den Ereignissen bestenfalls hinterher. Die Ablösung und der Austausch von Personen an der Führungsspitze und die kosmetischen Operationen der zurückliegenden Wochen hatten weder die Basis der Partei noch die Bevölkerung der DDR in ihrer Gesamtheit befriedigen können. Ein außerordentlicher Parteitag mit entsprechenden Befugnissen musste über das Schicksal der Partei und ihren künftigen Weg entscheiden. Die ursprünglich vorgesehene Parteikonferenz hätte das nicht vermocht.

Auflösung logische Konsequenz des Versagens

In dieser Situation stand die Forderung nach Auflösung der Partei im Raum. Nicht wenige der verbliebenen Mitglieder und Teile der Delegierten sahen einen solchen Schritt als logische Konsequenz aus dem Versagen bei der Bewältigung der seit Jahren herangereiften gesellschaftlichen Konflikte und dem galoppierenden Vertrauensverlust.

In einer geschlossenen Sitzung in der Nacht vom 8. zum 9. Dezember – ohne Gäste und Medienvertreter – entschieden sich die Delegierten des Außerordentlichen Parteitags gegen die beantragte Selbstauflösung. Es war insbesondere Hans Modrow – erst wenige Tage zuvor in das Amt des Ministerpräsidenten der DDR gewählt –, der die Delegierten beschwor, sich gerade wegen der Krise ihrer Verantwortung zu stellen. Die Delegierten wählten den bis dahin kaum bekannten Gregor Gysi zum Parteivorsitzenden. Ihm wurde spontan ein Besen überreicht. Die Entscheidung zur Erneuerung der



Partei war ein Akt der Selbstermächtigung in einer komplizierten, schwer zu überschauenden Situation. Schon die erstrittene Einberufung des außerordentlichen Parteitages durch eine von Teilen der Basis gestützten Arbeitsgruppe war ein solcher Schritt.

Die Entscheidung, die Partei nicht aufzulösen, war nur zu rechtfertigen, wenn diese Entscheidung mit dem Willen zu einer grundlegenden strukturellen und programmatischen Erneuerung verbunden werden konnte. Dieser Wille wurde in den Folgesitzungen des Parteitages am 16. und 17. Dezember bekräftigt. Er fand seinen Ausdruck in dem von einer Arbeitsgruppe vorbereiteten und von Michael Schumann vorgetragenen Referat "Zur Krise der Gesellschaft und ihren Ursachen, zur Verantwortung der SED". Die Frage nach den Ursachen der Krise schloss einen selbstkritischen Rückblick auf die eigene Geschichte ein und war zugleich eine Voraussetzung, um nach Wegen zur Überwindung der Krise und nach tragfähigen Visionen für eine zukünftige Gesellschaft zu suchen.

Die Kernaussage des Referats, das von den Delegierten als Arbeitsgrundlage bestätigt wurde, lautete: "Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System". Das schloss weit mehr ein als die Verurteilung von Personenkult, Terror und Schauprozessen unter Stalin. Dabei hatte es Nikita S. Chruschtschow 1956 in seiner Geheimrede auf dem XX. Parteitag der KPdSU belassen. Es ging auf dem Au-



ser engte sich wiederum auf die Weisungs- und Entscheidungs-macht eines kleinen Führungszirkels ein. Hierarchisch aufgebaute Parteiapparate steuerten die Masse der Mitglieder und die Gesellschaft.

ßerordentlichen Parteitag um die Abgabe an ein Partei- und Gesellschaftskonstrukt, das sich letztlich als reformunfähig erwiesen und das Ideal des Sozialismus nachhaltig diskreditiert hatte. Die Wirkungen des stalinistischen Parteikonstrukts und des sowjetischen Gesellschaftsmodells blieben keineswegs nur auf die Länder des sowjetischen Einflussbereichs beschränkt.

Zur Stalinismus-Kritik, die der Komplexität der Erscheinung einigermaßen gerecht wird, gehören deshalb:

Die innenpolitische Dimension von Stalinismus, die durch bürokratisch-diktatorische Herrschaftsformen und Strukturen sowie durch repressive Gewalt in unterschiedlichen Nuancierungen gekennzeichnet ist. Der Monopolanspruch der führenden Partei auf allen Ebenen und in allen Bereichen schuf Doppelstrukturen und degradierte Volksvertretungen und staatliche Einrichtungen zu bloßen Werkzeugen. Die ökonomische Dimension des stalinistischen Gesellschaftsmodells, das faktisch auf Staatseigentum gründet, welches als sozialistisch bzw. volkseigen deklariert wird. Die ökonomische Entwicklung wird durch eine voluntaristische zentrale Steuerung behindert und letztlich gelähmt.

Die ideologische Dimension des Stalinismus, für die eine einengende und dogmatisierende Interpretation des Marxismus typisch ist. Stalinismus verbirgt sein antimarxistisches Wesen hinter formaler marxistischer Bekenntnistreue.

Die parteipolitischen Implikationen des Stalinismus, die einen, die innerparteiliche Demokratie aufhebenden Parteityp hervorbringen und zugleich bedingen. Der beschworene demokratische Zentralismus reduzierte sich weitgehend auf Zentralismus, und die-

Zugleich entwickelten sich selbst unter widrigen Umständen Verantwortungsbewusstsein, Idealismus, Selbstlosigkeit und Leistungsbereitschaft. Dieses Paradox ist mitzudenken, wenn Vorgänge und persönliche Leistungen gerecht beurteilt werden sollen. Der Außerordentliche Parteitag entschuldigte sich bei den Bürgern der DDR für Machtmissbrauch und Fehlentscheidungen und versprach den Opfern der stalinistischen Repressionen ein bleibendes Gedenken. Ein Versprechen, das weiter eingelöst werden muss.

Zu den zukunftsweisenden und nachhaltig wirkenden Entscheidungen zählte die Orientierung auf einen demokratischen Sozialismus. Das wurde auch im Namen der Partei verankert. Dafür Konzepte zu entwickeln und gesellschaftliche Mehrheiten zu gewinnen bleibt Aufgabe.

Ohne den vom Außerordentlichen Parteitag 1989 formulierten und von der Basis getragenen Erneuerungsansatz wäre die deutsche Linke Gefahr gelaufen, innerhalb kürzester Zeit in der politischen Bedeutungslosigkeit zu verschwinden. Die keineswegs widerspruchsfreie und von Rückschlägen begleitete Erneuerung der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) war eine Voraussetzung, dass im Juni 2007 die Fusion mit der Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit (WASG) zur Partei DIE LINKE möglich wurde.

Eine Erfahrung aus den Vorgängen von vor 30 Jahren und den Entwicklungen der folgenden Jahrzehnte liegt nahe: Die Bundesrepublik Deutschland braucht eine handlungsfähige moderne sozialistische Partei.

Berlin, im November 2019

OV Region Weißwasser

07.01. 10.00 Uhr
Beratung Geschäftsführender Vorstand
 - Abstimmung zum Arbeitsplan 1.Halbjahr 2020
 - Diskussion zur Vorbereitung der Veranstaltung zu Ehren von Karl und Rosa

15.01. 17.00 Uhr
Gedenkveranstaltung zu Ehren von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am Ehrenhain der Antifaschisten in Weißwasser
 Worte des Gedenkens und der Mahnung von A. Mertsching Mitglied des Sächsischen Landtages

Kreisvorstand

11.01. 09.30 Uhr
Klausur des Kreisvorstandes
 im Kinder-Kultur-Café „Camaleón“

Aktionen für den Frieden 2020

- Friedenskonferenz der Partei DIE LINKE, voraussichtlich 28.3. in Weißwasser
- Ostermarsch am 13.4. in Cottbus
- Elbe-Day am 25.4. in Torgau
- Tag des Sieges 9.5. in Berlin
- Fahrradfahrt um den Truppenübungsplatz

strategie
konferenz

29. FEBRUAR UND 1. MÄRZ 2020 | KASSEL

10:00 – 18:00 Uhr

Veranstalter: DIE LINKE

Strategiekonferenz des Bundesverbandes

Der Parteivorstand lädt dazu ein, über künftige Herausforderungen und die Strategie unserer Partei zu diskutieren. Bitte bringt Eure Überlegungen zu Papier und sendet sie an den Bundesverband. Gemeinsam sollen diese auf einer Strategiekonferenz diskutiert werden. Bei den Kommunalwahlen überwogen bei wenigen Ausnahmen starke Einbrüche. Diese Ergebnisse und Tendenzen beschäftigen viele Mitglieder unserer Partei. Wir müssen Schlüsse daraus ziehen und uns verständigen, was zu tun ist. Wir sollten uns also versammeln: aus Stadt und Land, aus Ost wie West, aus der Basis wie aus den Kommunen und Parlamenten – wir, DIE LINKE.

Mehr Informationen zur Strategiedebatte und Strategiekonferenz auf der Homepage der LINKEN.

OV Löbau

07.01. 16.00 Uhr
 Ort steht noch nicht fest
Beratung der BO-Vorsitzenden des Ortsverbandes mit dem Ortsvorstand Löbau

27.01. 10.00 Uhr OdF-Gedenkstein
 Wettiner Platz
Kranzniederlegung
 aus Anlass des Gedenktages für die Opfer der Naziherrschaft

Vorschau Februar

04.02. 16.00 Uhr
 Ort steht noch nicht fest
Beratung der BO-Vorsitzenden des Ortsverbandes mit dem Ortsvorstand Löbau

26.02. 16.30 Uhr
Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Löbau

voraussichtlich: Begegnungsstätte des Arbeitslosenverbandes, Innere Bautzner Str. 1, Löbau
 Neuwahl des Ortsvorstandes

OV Zittau

15.01. 10.00 Uhr
Tagung Ortsvorstand, im Zittauer Büro der LINKEN

15.01. 13.00 Uhr
Die Beratung der Basisvorsitzenden im Zittauer Büro der LINKEN

12.02. 10.00 Uhr
Tagung Ortsvorstand, im Zittauer Büro der LINKEN

12.02. 13.00 Uhr
Die Beratung der Basisvorsitzenden im Zittauer Büro der LINKEN

11.03. 10.00 Uhr
Tagung Ortsvorstand, im Zittauer Büro der LINKEN

11.03. 13.00 Uhr
Die Beratung der Basisvorsitzenden im Zittauer Büro der LINKEN

OV Görlitz

07.01. 18:00 Uhr
Informationstag zu „Kommunalpolitik“
 Geschäftsstelle Görlitz, Schulstraße 8

18.01. 16:00 Uhr
Gemeinsames Kochen der „Linken Küche“
 (LiKü) Geschäftsstelle Görlitz, Schulstraße 8

27.01. Uhrzeit und Ort wird noch genannt
Veranstaltungen zum Gedenktag an den Holocaust

28.01. 19:00 Uhr
Fraktionssitzung Stadtratsfraktion
 Geschäftsstelle Görlitz, Schulstraße 8

Vorschau Februar

29.02. 10:00 Uhr
Gesamtmitgliederversammlung und Neujahrsempfang Geschäftsstelle Görlitz, Schulstraße 8

Ständige Termine im OV:

1. Dienstag im Monat: 16:00 Uhr
 Basisinformationstag

jeden Dienstag: 17:30 Uhr
 Treffen der Linksjugend SOLID

30.01.: 16:15 Uhr
 Stadtratssitzung

28.01. 19:00 Uhr
 Fraktionssitzung Stadtratsfraktion

Änderungen sind immer möglich, wenn notwendig oder sinnvoll!

OV Niesky

08.01. 18.00 Uhr
Beratung des Ortsvorstandes in See

05.02. 18.30 Uhr
Beratung des Ortsvorstandes in See

Dem Vermächtnis von Rosa und Karl treu bleiben!

Aufruf zur Teilnahme an der Demonstration im Rahmen der Liebknecht-Luxemburg-Ehrung am

12. Januar 2020

um 10.00 Uhr vom U-Bhf. Frankfurter Tor zur Gedenkstätte der Sozialisten in Friedrichsfelde



Archivbild 2019

In Weißwasser Gedenkveranstaltung am
15. Januar 2020

17.00 Uhr am Ehrenhain der Antifaschisten in Weißwasser

Worte des Gedenkens und der Mahnung von A. Mertsching, Mitglied des Sächsischen Landtages und Kreisvorsitzende der LINKEN.Görlitz

BUCHTIPP

Immer wieder muss man daran erinnern: Der **Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus** am 27. Januar ist in Deutschland seit 1996 ein bundesweiter, gesetzlich verankerter Gedenktag.

Der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus erinnert an **alle Opfer** eines beispiellosen totalitären Regimes während der Zeit des Nationalsozialismus: „Wir gedenken der Entrechteten, Gequälten und Ermordeten: der europäischen Juden, der Sinti und Roma, der Zeugen Jehovas, der Millionen verschleppter Slawen, der ... Zwangsarbeiter, der Homosexuellen, der politischen Gefangenen, der Kranken und Behinderten, all derer, die die nationalsozialistische Ideologie zu Feinden erklärt und verfolgt hatte. Wir erinnern ... auch an diejenigen, die mutig Widerstand leisteten oder anderen Schutz und Hilfe gewährten.“ (*Gedenkstunde des Deutschen Bundestages am 27. Januar 2015 – Ansprache des Bundestagespräsidenten Dr. Norbert Lammert*)



Luis Raffener wuchs in Karthaus im Südtiroler Schnalstal in der Zeit des Faschismus auf. Ende 1939 optierte der damals 22-Jährige für Deutschland und wurde in die Wehrmacht überstellt. Als Panzerwart einer Sturmgeschützabteilung zog er 1941 in den Krieg gegen Russland. Dort erlebte er, wie er selbst sagt, „Krieg in seiner brutalen und grausamen Wirklichkeit“. Eindrücke davon hielt er mit seiner Fotokamera fest, Jahrzehnte später erzählte er sie einer jungen Bekannten.

Anschaulich und prägnant schildert Raffener Kindheit und Jugendzeit und vor allem die dramatischen Kriegserlebnisse. Dabei bricht er mit

dem Mythos der sauberen Wehrmacht und nennt die deutschen Unrechts-taten beim Namen, zum Teil auch solche, an denen er selbst beteiligt war. Der Vernichtungskrieg an der Ostfront ließ ihn gleichzeitig zu Opfer und Täter werden. Seine Erinnerungen sind keine üblichen Landsergeschichten, sondern der Beitrag eines einfachen Mannes, die Schrecken des Krieges und sein Bemühen um Anständigkeit darzustellen. *Winfried Bruns*

„Links der Neiße“ in eigener Sache - Fragebogenaktion!

Im Februar 2010 erschien zum ersten Mal unsere Zeitung „Links der Neiße“ (LdN) im Kreisverband Görlitz als Nachfolgerin der Kleinzeitungen.

Nun stehen im Kreisverband strukturelle Veränderungen an und die Frage: Wie weiter mit der LdN? Dazu möchten wir euch, die Leser*innen befragen. Bitte füllt den beiliegenden Fragebogen aus, wenn ihr es noch nicht beim KPT oder per e-mail gemacht habt. Gebt ihn im OV-Büro ab oder schickt ihn an: **City-Druckerei, Dierk Kunow, Bautzener Straße 62, 02943 Weißwasser. Termin: 31.1.2020**

Links der Neiße



Einmal ganz persönlich

„Einmal ganz persönlich“, eine Interviewreihe die vor 10 Jahren in der neu entstandenen „Links der Neiße“ erschienen ist. Sie stellt Menschen aus unserem Kreisverband mal auf eine etwas andere Art und Weise vor. Heute in der Januar-ausgabe 2020

Marko Schmidt

Geboren: 11.11.1989 in Löbau

Studium der Rechtswissenschaften in Dresden mit Bachelor-Abschluss,
Studium der Sozialwissenschaften in Görlitz mit Master-Abschluss!

Aktuelle Tätigkeit:

Mitarbeiter der Landtagsabgeordneten
Antonia Mertsching

Gesellschaftlich aktiv:

Kreisgeschäftsführer der LINKEN.Görlitz

Was ist für Dich links?

Die Gleichwertigkeit aller Menschen anzuerkennen. Für eine Welt zu kämpfen, in der weder die Menschen noch die Natur ausgebeutet werden. Die Menschen an der Politik teilhaben zu lassen.

Was hat Dich in der letzten Zeit am meisten überrascht?

Dass das Flachland der Oberlausitzer Heide- und Teichlandschaft für mich als Bergmensch reizvoll sein kann.

Worin siehst Du Deine größte Schwäche, worin Deine größte Stärke?

Meine größte Schwäche ist das Interesse an zu vielen Themen. Meine größte Stärke ist das leidenschaftliche Einarbeiten in neue Themenfelder.

Was war Dein erster Berufswunsch?

Zuerst wollte ich Rennrad-Sportler werden, dann Archäologe.

Wie sieht Arbeit aus, die Dich zufrieden macht?

Mich stellt Arbeit zufrieden, wenn sie nicht nur mir selbst dient, sondern einen Nutzen für andere Personen hat. Dazu bin ich ein großer Freund ausreichend bezahlter Teilzeitarbeit, um nach der Arbeit genügend Zeit für Familie, Freund*innen, Ehrenamt und Freizeit zu haben.

Wenn Du Parteivorsitzender wärst...

Dann würde ich für eine Partei streiten, die ihre Werte lebt. Die mit Motivation die Herausforderungen unserer Zeit angeht und die den Genoss*innen und den Mitmenschen eine Vision des guten Lebens vermittelt, für die es sich zu kämpfen lohnt.

Was regt Dich auf?

Dass Frustration und gegenseitige Anfeindungen die Hauptwährung unserer Partei werden.

Wann und wie hast Du unlängst Solidarität gespürt?

Ich habe das Glück, jeden Tag Solidarität spüren zu dürfen.

Wofür gibst Du gerne Geld aus?

Für gute Bücher und gutes Essen.

Möchtest Du (manchmal) anders sein als Du bist?

Ja, mindestens 1,85m groß mit gelocktem Haar. :-)

Wann fühlst Du Dich gut?

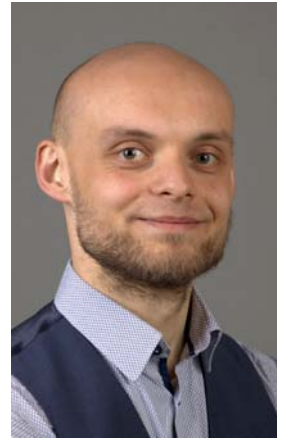
Wenn gemeinsam etwas geschafft wurde, was Kritiker*innen nicht erwartet hatten.

Wo möchtest Du am liebsten leben?

Dort, wo ich dieses Jahr bereits für kurze Zeit leben durfte: Auf der solidarischen Landwirtschaft Heckenhof in Sohland am Rotstein.

Wovor hast Du Angst?

Um es kurz zu machen: Menschen, die faschistische Tendenzen unterschätzen und diese dadurch fördern.



Geschäftsstelle des Kreisverbandes
 Öffnungszeiten: Di und Do 14.00 - 16.00
 Äußere Weberstraße 2, 02763 Zittau,
 Tel.: 03583/700 525, Fax: 03583/ 58 60 16,
 e-mail: zittau@linksmail.de; www.dielinke-goerlitz.de

Bürgerbüro MdL Antonia Mertsching
 Rosa-Luxemburg-Straße 17, 02943 Weißwasser;

Bürgerbüro MdL Mirko Schultze
 Schulstraße 8, 02826 Görlitz; Tel.: 03581/40 30 05

Büro der Kreistagsfraktion
 Äußere Weberstraße 2, 02763 Zittau,
 Tel.: 03583/700 525, Fax: 03583/ 58 60 16,
 e-mail: kreistagsfraktion[at]dielinke-goerlitz.de
 www.dielinke-kreistagsfraktion-goerlitz.de



Der Kreisvorstand und die Ortsvorstände gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die in den Monaten Januar/Februar Geburtstag haben, recht herzlich und wünschen viel Gesundheit und alles Gute. Insbesondere gratulieren wir unseren Jubilaren:

Januar

Andreas Storch	28.01.1960	60	Görlitz
Miroslaw Fajfer	28.01.1955	65	Zittau
Philipp Höhne	22.01.1940	80	Gablenz
Horst Kittan	27.01.1939	81	Boxberg/O.L.
Regina Hofmann	31.01.1939	81	Löbau
Bernhard Saß	25.01.1937	83	Mücka
Annemarie Philipp	29.01.1937	83	Löbau
Erwin Zgodzaj	18.01.1933	87	Zittau
Rudolf Berndt	21.01.1933	87	Görlitz
Lothar Rebel	26.01.1930	90	Zittau
Manfred Schneider	26.01.1927	93	Seifhennersdorf
Rudolf Schanze	18.01.1925	95	Neusalza-Spremberg

Februar

Adrian Gehring	02.02.1990	30	Zittau
Susanne Kapron	14.02.1980	40	Zittau
Anita Schniebs	15.02.1950	70	Seifhennersdorf
Margit Witzmann	02.02.1945	75	Mittelherwigsdorf
Klaus Zinke	10.02.1939	81	Zittau
Manfred Baginski	03.02.1938	82	Quitzdorf am See
Waldtraut Graeske	14.02.1938	82	Löbau
Werner Hübner	09.02.1936	84	Rothenburg/O.L.
Dieter Merzdorf	01.02.1935	85	Löbau
Lieselotte Matzke	03.02.1935	85	Görlitz
Brigitta Hochmann	12.02.1934	86	Weißwasser/O.L.
Elsbeth Dausel	05.02.1933	87	Görlitz
Günter Dieckmann	13.02.1931	89	Kodersdorf
Renate Klatte	15.02.1931	89	Löbau
Werner Hubrich	06.02.1930	90	Görlitz
Werner Pöge	11.02.1929	91	Weißwasser/O.L.
Siegfried Wolf	14.02.1929	91	Löbau
Herbert Habel	11.02.1928	92	Weißwasser/O.L.
Elfriede Schwarzbach	15.02.1926	94	Löbau
Fritz Dießner	15.02.1926	94	Boxberg/O.L.



Herzliche Einladung zur nächsten Mitgliederversammlung unserer Basisorganisation

Wann? Wo?

Worum geht es ?

Impressum:

Herausgeber: Kreisvorstand der LINKEN.Görlitz
 Redaktion:
 Dierk Kunow: ViSdP., Verantwortlich für: Reportagen, pol. Bildung;
 Heiderose Gläß: Verantwortlich für: Berichte aus dem Kreistag Görlitz, OV Löbau Zittau
 Sabine Kunze: Verantwortlich für: Berichte aus dem Sächsischen Landtag, Geburtstage
 Elisabeth Menzel: V: Weißwasser; Winfried Bruns: V: Zittau, Kulturseite; Marko Schmidt:
 V: Görlitz, Heinrich Ruynat, künstlerischer Mitarbeiter;
 Bitte alle Beiträge an folgende e-mail:

linksderneisse@linksmail.de

Satz und Druck: City-Druckerei Weißwasser
 Auflage: 900 Stck.
 Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 18.11.2019
 Erscheinungsdatum der nächsten Ausgabe: 03.12.2019
 Der Redaktion bleiben sinnwährende Kürzung von Artikeln und Leserbriefen vorbehalten.
 Wer Rechtschreibfehler findet darf sie behalten. - Spendenempfehlung 1,- Euro -

Unser Spendenkonto ist: DIE LINKE.Görlitz, Volks- und Raiffeisenbank
 Niederschlesien eG **IBAN: DE19 8559 0100 4500 3570 08**